



**Verlag Wort im Bild, Hammersbach 1999 / ISBN 3.88654.488.5**

**2. veränderte Fassung 2011**

## I. Die vier Krisen als Ursache der Revolution

In der Revolution 1848/49 überlagerten sich vier verschiedene Krisen, wie es WOLFGANG J. MOMMSEN zusammenfaßt<sup>1</sup>, von sehr verschiedener Art, mit unterschiedlichem Gewicht innerhalb des Prozesses und im Blick auf den Ausgang dieser Revolution, die von den meisten Historikern eine „ungewollte Revolution“ (WOLFGANG SCHIEDER) genannt wird<sup>2</sup>. Eine ungewollte Revolution auf jeden Fall aus der Sicht des liberalen Bürgertums. Aber auch die Bauern und die Unterschichten waren nicht bereit, die sicher mehrheitlich von der Bevölkerung für notwendig erachteten gesellschaftlichen Veränderungen gegenüber den Fürsten und ihren mächtigen Bürokratien mit revolutionärer Gewalt durchzusetzen. Den Vertretern der Linken, der radikalen Demokratie, fehlte dazu auch ein deutliches Konzept. Sie glaubten, dass der revolutionäre Funke die breiten Massen erfassen und es so zu einer durchgreifenden Lösung der sozialen, der wirtschaftlichen, der nationalen und verfassungsrechtlichen Probleme in einer Republik kommen würde.



Die vier Krisen, die ineinander verschränkt die revolutionären Ereignisse bestimmten, waren:

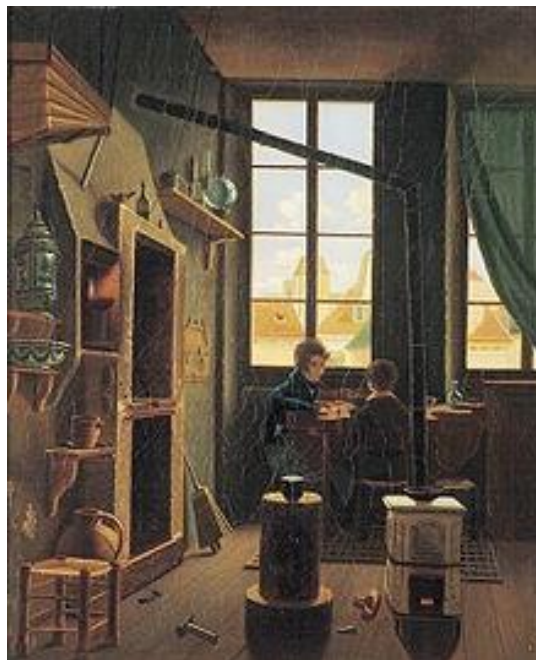
1. Die schwierige wirtschaftliche Lage in vielen ländlichen Gebieten, vor allem im Südwesten, und die bäuerliche Protestbewegung,
2. Die bürgerliche Verfassungsbewegung als die stärkste politische Kraft, die von der wirtschaftlich und kulturell erstarkten Mittelklasse getragen wurde. Sie drängte auf gesellschaftliche Veränderungen,
3. Die katastrophale soziale Lage von Teilen der Unterschicht, die in vielen Massendemonstrationen bis hin zu revolutionären Aufständen ihren Ausdruck fand, und schließlich

4. Die nationalrevolutionären Bewegungen in den über dreißig deutschen Kleinstaaten und in vielen Ländern Europas, die an die Stelle der Monarchien und Dynastien konstitutionelle Nationalstaaten setzen wollten, regiert durch Parlamente und Monarchen.

Um das unerschöpfliche Thema der Revolution von 1848/49 eingrenzen zu können, soll versucht werden, diese vier Krisen vor allem am Beispiel der Ereignisse in Hessen-Cassel, Hanau und eben speziell der Orte im Amt Langenselbold darzustellen. Mit Hilfe von zeitgenössischen Bildern soll im übrigen das Gehehen lebendiger und anschaulicher vor Augen gestellt werden.

## II. Die Konjunkturkrise und die Not in Stadt und Land

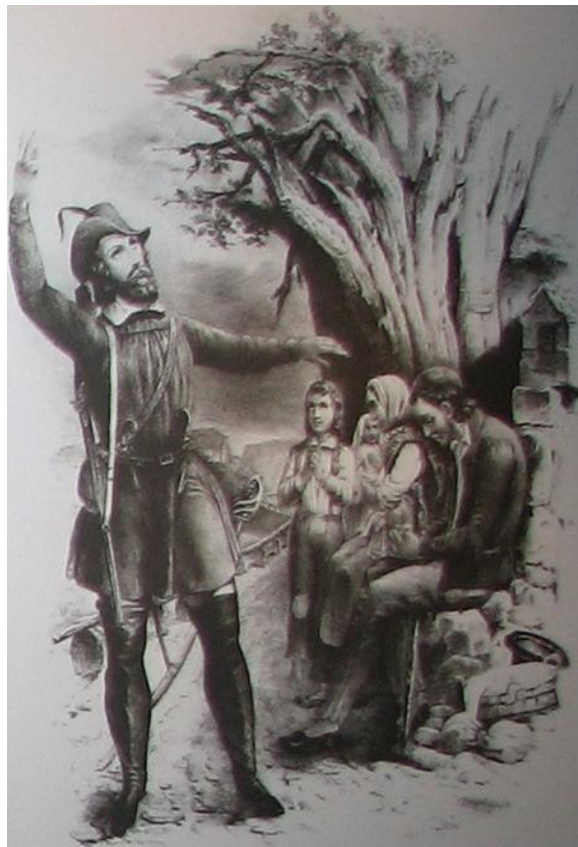
In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann der grundlegende Wandel von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft. Die vom Adel bestimmte Ordnung wurde je länger mehr von einem Bürgertum in Frage gestellt, das die wirtschaftlichen Prozesse gestaltete und so den Wandel zu einer „dynamisch-offenen, auf individuelle Freiheit und Leistung gegründeten Gesellschaft unter Führung des Bürgertums“<sup>3</sup> förderte, ja unabweislich machte. In der Mitte des vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts nun kam der Wirtschaftsaufschwung parallel zum Rückgang der Weltwirtschaft zu einem Ende<sup>4</sup>. Von England her übergreifend kam es zu einer konjunkturellen Krise des Handels und des Gewerbes. In der Gold-, Silber- und Juwelenindustrie in Hanau, in der in den dreißiger Jahren noch 800 Menschen beschäftigt waren, ging von 1845-47 die Zahl der Beschäftigten fast um die Hälfte zurück. In der modernisierten Teppichfabrik Leisler wurden zwei Drittel der Arbeiter und in der Tabakindustrie ein Fünftel der Arbeiter entlassen.



**Goldschmiedewerkstatt um 1830**

1845 und 1846 waren darüber hinaus die Ernten besonders schlecht ausgefallen. 50-60% der normalen Menge standen der in den letzten Jahrzehnten auch noch stark angewachsenen Bevölkerung nur noch zur Verfügung. Gründe waren vor allem die ungünstige Witterung und

die grassierende Kartoffelfäule. Die Preise der Lebensmittel stiegen, auch noch durch Spekulation und Verteilungsprobleme verstärkt, auf das Zwei- bis Dreifache an. Im Juni 1846 gab der Stadtrat in Hanau Brotkarten zum verbilligten Bezug dieses Grundnahrungsmittels aus. Ein Hilfsverein bemühte sich, den Ärmsten zu helfen. Im Frühjahr half der Geheime Finanzrat JOH. MICHAEL DEINES durch wöchentlich 6000 Laib Vierpfund-Roggenbrot, die er verbilligt der Stadt Hanau überließ, und die diese an Notleidende weitergab. Am 8. Mai 1847 wurde der Hanauer Regierung durch eine Elnachricht mitgeteilt, dass das Ministerium in Kassel 20 000 Taler zur Linderung der Not in der Provinz bewilligt habe. Die Verelendung beschränkte sich natürlich nicht auf die Stadt Hanau allein. Der für den Landwahlbezirk Hanau in den kurhessischen Landtag gewählte Pfarrer LUDWIG REUTZEL „auf dem Berge“ in Niedergründau beantragte dort im Juni 1847 Maßnahmen gegen den großen Notstand auf dem Lande. Er wies daraufhin, dass die Beschlagnahme der Getreidevorräte positiv fallende Preise bewirkt hätte, und dass der wucherische Verkauf des Getreides auf dem Halm dankenswerterweise durch die Regierung verboten worden sei. Die Gründe für solche Verzweiflungskäufe lägen jedoch in der hohen Verschuldung der Bauern und Dorfbewohner. Das gerade verdiente Geld, die letzten Möbel und die einzige Kuh werde eben nicht selten auf Veranlassung der Gläubiger gepfändet und das Elend der Familie noch größer.



### **Der Revolutionär Friedrich Hecker und eine obdachlose Familie**

In den Akten der Kirchengemeinde Langenselbold befindet sich ein Auszug aus dem Protokoll des Verwaltungsamtes Langenselbold vom 13. März 1847 „die Bildung von Hilfsvereinen“ betreffend, vermutlich in allen Ämtern der Region Hanau angeordnet. Zu dieser Zeit lebten in Langenselbold etwa 2600 Einwohner in 336 Häusern. Wörtlich heißt es in dem Protokoll: „Beschluss: Zur leitenden Teilnahme an einem Hilfs-Verein zur Milderung



des Notstandes werden hierdurch der Herr Pfarrer RAUCH dahier auf Donnerstag den 18.d.M. nachmittags 3 Uhr in das Amtlokal dahier eingeladen.



### **Evangelische Kirche und Straßenzug in Langenselbold**

Zunächst werde der Verein „über die Art und Weise der Herbeischaffung der erforderlichen Mittel zur ferneren Unterhaltung der Armen mit Suppe und Brod“ zu beraten haben. Die Kurfürstliche Regierung hatte hierzu 346 Taler bewilligt. Weiter heißt es dann: „Nachdem die freiwilligen Beiträge der hiesigen Einwohner dem Zwecke gemäß verwandt worden sind“, wird die Arbeit nun auf „alleinige Kosten der Gemeinde“ fortgeführt. „Diese hat zwar seither nur etwa 125 Taler und 4 Klafter Holz zur Versorgung der Armen in der erwähnten Anstalt aufgewandt, da dieselbe jedoch noch beträchtlichen Aufwand namentlich zum Ankauf von Setzkartoffeln für die ärmeren Einwohner haben wird, so erscheint es wünschenswert, daß die Anstalt nicht auf deren alleinige Kosten fortbestehe“. Außerdem sollte der Verein darüber beraten, welche Unterstützung mit warmer Speise und Brod wirklich bedürftige Personen erhalten. Aus einem Brief an Pfarrer RAUCH erfahren wir weitere Einzelheiten. Während der strengen Kälte soll den Armen, vor allem denen, die „wegen höheren oder geringeren Alters, Gebrechen oder Kranckheit für sich zu sorgen außer Stande sind“, täglich eine warme Suppe gereicht werden, die aus Erbsen, Bohnen, Kartoffeln, Wurzeln, etwas Kuhfleisch und Salz und Pfeffer bereitet wird. Die Kosten müssten nach einer Verordnung von 1823 von der Gemeinde getragen werden. Es wird jedoch hervorgehoben, dass es Pfarrer RAUCH gelungen sei, „die Bereitung von Suppen und sonstiger Unterstützung für die Armen freiwillige Beiträge zu sammeln, welche zwar nicht unbeträchtlich jedoch für das Bedürfnis nicht ausreichend sind“.

Der Berliner Arzt und spätere Führer der preußischen Liberalen RUDOLF VIRCHOW erkannte wie auch andere Zeitgenossen, „daß diese Revolution nicht einfach eine politische, sondern wesentlich eine soziale“ war<sup>5</sup>. MARCO ARNDT konkretisiert in seinem 1996 erschienenen Buch „Militär und Staat in Kurhessen 1813-1866“ die politische und soziale Situation für das südliche Kurhessen zutreffend wie folgt: „Die südlichen Provinzen Hanau und Fulda mit dem Schwerpunkt der Stadt Hanau waren besonders anfällig für revolutionäre Erhebungen. Die soziale Struktur der Bevölkerung, 30 Prozent zählten zu den Armen, die wirtschaftliche Schwäche, wenig Bürokratie und kaum Adel waren ideale Vorbedingungen. Kurhessen war es nicht gelungen, die beiden Provinzen in sein Staatsgefüge tatsächlich zu integrieren, so dass der Gedanke der Sezession breiten Raum fanden. Nicht wenige empfanden die Provinzen als ‘kurhessisch Sibirien’ oder den ‘Fußschemel der Hessen’“. So eine Bemerkung des Fuldaer Landtagsabgeordneten WEINZIERL im Frühjahr 1848 in einer Note an den Kurfürsten<sup>6</sup>.

„Der einzige Hanauer, der es in den politisch so gefährlichen Zeiten nach 1832 trotz ständiger Scherereien mit Polizei und Gericht noch wagte, zunächst nur am Rande der Politik publizistisch tätig zu sein und dann, als die wirtschaftliche Lage sich verschlimmerte, für das Abstellen von Mißständen sich sehr aktiv einzusetzen, war GEORG PFLÜGER“<sup>7</sup>. An seinem Wirken kann ein wenig exemplarisch dargestellt werden, womit sich die Menschen der Region beschäftigten. Als Sohn eines Hanauer Schuhmachers wurde er 1806 geboren, muß wohl einen guten Schulunterricht genossen haben und eignete sich darüber hinaus autodidaktisch ein beachtliches Wissen an, das er schriftstellerisch und in Reden einbrachte. Er versuchte sich im übrigen mehr oder weniger erfolgreich in Handel und Wandel verschiedenster Art. Nach ALFRED TAPP hatte er „einen offenen und kritischen Blick für seine Umwelt und für seine Zeit. Seine zu Extremen neigende Leidenschaftlichkeit, seine Impulsivität und Rechthaberei ließen ihn oft das Maß vernünftigen Handelns überschreiten und mit den zu seiner Zeit geltenden Gesetzen und Anschauungen in Konflikt geraten. aber auch sein späterer Einsatz für Arme und Unterdrückte brachte ihm Verfolgungen und gerichtliche Verurteilungen ein“<sup>8</sup>. In einer Denkschrift<sup>9</sup>, die er 1847 „im Ausland“ in Mannheim verlegen ließ, erhebt er Vorwürfe gegen die Gründung des erwähnten Wohltätigkeitsvereins in Hanau. Er wirft darin den Reichen eine Mitschuld an der schon Jahre dauernden Verelendung vor. Die Armen würden durch diese Art der Wohltätigkeit nur gedemütigt. Die Fabrikanten seien vielmehr verpflichtet, in den Zeiten solcher Teuerung, in denen die Löhne stabil blieben, besser für die Arbeiter zu sorgen, die sie reich gemacht hätten. Zur Lösung der sozialen Not verlangt er direkte Fürsorge für die Arbeiter, besonders durch große Unternehmer, als Christen- und als Bürgerpflicht. Den Arbeitern rät er eher zur Selbsthilfe und zu Zusammenschlüssen: „Ihr alle müßt handeln wie einer und einer wie alle...bekümmert euch um eure Interessen“. Den Herrschenden wirft er im übrigen vor, dass sie die Schuld an der Erfolglosigkeit der deutschen politischen Einheitsbewegung der dreißiger Jahre gehabt hätten.

### **III. Die Hanauer Turner und die Bewegung der Deutsch-Katholiken**

Während PFLÜGERS literarisches Wirken im wesentlichen unwirksam blieb, gelang es einer anderen, eher unpolitisch erscheinenden Bewegung, sich einen „bedeutenden Platz in der Öffentlichkeit und Politik zu erobern: das zu neuem Leben erwachte Turnen“<sup>10</sup>. Seit 1816 turnten am Gymnasium Mitglieder einer Turnvereinigung. Wie der Vater des Turngedankens, FRIEDRICH LUDWIG JAHN, hatten sie eine freie, patriotische und nationale Gesinnung und widmeten sich der damals von den Obrigkeiten als gefährlich angesehenen „Lehre von der

Einheit des deutschen Vaterlandes“. Das galt auch für die ehemaligen Freiwilligen der Freiheitskriege und das gehobene Bürgertum. Im Jahre 1841 schlossen sich mehrere Vereine ohne Rücksicht auf Landesgrenzen zum Rheinisch-Hessischen Turnbezirks zusammen, der mit badischen und württembergischen Vereinen Beziehungen pflegte, was im Verlauf der revolutionären Ereignisse von 1848/49 von großer Bedeutung sein sollte. Die Leitung der Hanauer Turngemeinde lag seit der Wahl im Jahre 1841 in Händen des Küfers AUGUST SCHÄRTTNER, ein begabter Mann und ein zündender Redner in breitem Hanauer Dialekt.



**August Schärttner**

Ebenso bildeten sich über die Landesgrenzen hinweg Gesangvereine. Bei einem gemeinsamen Fest im Wald bei Hochstadt im Juli 1846, nahmen die Reden politischen Charakter an. Da dies verboten war, regte sich zugleich Widerstand der Obrigkeit, und das Fest wurde vorzeitig abgebrochen. Trotz eines Berichts des Polizeidirektors THEODOR VON HEPPE, der auf die körperliche Ertüchtigung und die unpolitischen Tendenzen und Zwecke abhob, traute die Hanauer Regierung den Bewegungen und Vereinen nicht und verbot die Turnfeste. Aus ihrer Sicht nicht ohne Grund, denn Schärttner hatte schon 1843 den „Kampf für das Wohl des deutschen Vaterlandes“ als eine Aufgabe der Turnbewegung genannt. Es wurde immer deutlicher, dass die Turner im Südwesten Deutschlands zu demokratischen und republikanischen Ideen neigten. Auf dem Fest in Hochstadt hatte ein Redner schon die vorbehaltlose Anerkennung der Monarchien in Frage gestellt: Die Fürsten dürften auf das

deutsche Volk „wie auf einen Felsen bauen, wenn sie ihre Stellung, wenn sie das Volk begreifen und wahre deutsche Fürsten“ sind<sup>11</sup>. Die Turnfeste im Südwesten häuften sich. 1847 wurden in Heidelberg folgende Ziele der Turnbewegung formuliert: Sturz der Tyrannei, Herstellung der Freiheit, Beseitigung der Willkür, selbst die Gründung einer militärischen Organisation mit Waffenlagern wurde beraten. Auf einem Fest in Bergen, an dem auch die Hanauer teilnahmen, wurde eine Adresse an den Republikaner GUSTAV STRUVE, „den deutschen Kämpfer für Freiheit und Gleichheit, den Mann der Tat“, von der Mehrheit gebilligt.



**Übung der Hanauer Turner**

In den vierziger Jahren entstand zugleich eine Massenbewegung gegen geistige Bevormundung durch kirchlichen Dogmatismus in der katholischen Kirche<sup>12</sup>. So kam es in großen Teilen Deutschlands zur Bildung von deutsch-katholischen Gemeinden, deren prominentester Gesittlicher der Schlesier JOHANNES RONGE war. Die Kasseler Regierung verhielt sich der Bewegung gegenüber unduldsam. Die ersten Gemeinden waren in Marburg und Hanau 1845 entstanden. Die Hanauer Regierung hatte anfänglich eine Genehmigung für die Gründung der Gemeinde erteilt. Am ersten Gottesdienst am 6. Juli 1845 nahmen in der Französisch-Niederländischen Kirche etwa dreitausend Menschen teil, da auch die Evangelischen der aus ihrer Sicht reformatorischen Bewegung Unterstützung gewährten. Die Gemeinde hatte 178 Mitglieder. Nach Beschwerden des bischöflichen Domkapitels in Fulda über „dies tolle revolutionär-kirchliche Treiben“ verbot aber der Kurprinz ohne Rücksicht auf die Verfassung die Gottesdienste und Versammlungen. Die Verfassung garantierte nämlich im §30 jedem Einwohner Kurhessens die vollkommene Freiheit des Gewissens und der Religionsausübung. Die Hanauer Regierung schloss sich mit einem eigenen Verbot an. Die Empörung und die Opposition nahmen nun in Hanau ein ungeahntes Ausmaß an. Bei dem zweiten Besuch JOHANN ROGGES in Offenbach und Hanau wird der Durchzug in Hanau, ein Übernachten war ihm verboten worden, zu einem Triumphzug und einem Volksfest mit einer gewaltigen Menschenmenge. August SCHÄRTTNER und die Turner waren mit brennenden Laternen beiteiligt. Am Postgebäude schließlich brachte SCHÄRTTNER dem „Kämpfer für



Licht und Freiheit“ ein dreimaliges donnerndes Hoch aus. RONGE dankte und sprach von der Reformation des neunzehnten Jahrhunderts, die durch die deutsche Nation getragen werde. Dies alles galt nicht allein der Glaubens- und Gewissensfreiheit, sondern war vielmehr ein Ausdruck politischen Protestes gegen jede Unterdrückung der Freiheit.



**Johannes Ronge**

1847 kam es zu erneuten Auseinandersetzungen der Turner und Deutsch-Katholiken mit dem kurhessischen Staat. Die allgemeine Stimmung in Deutschland zeigt ein Flugblatt, das in Hanau im Januar 1848 verteilt wurde<sup>13</sup>:

*„Gruß zum neuen Jahr!  
An unsere Brüder, die deutschen Proletarier.  
Geschrieben in der ersten Stunde des Jahres.  
Ihr Männer der Arbeit!*

Die letzten Glockenschläge des alten Jahres sind verhallt. Es war wieder ein Jahr vergeblicher Hoffnung. - Der Ruf des Wächters trifft unser Ohr: ‘Zwölf Stund’ hat ein jeder Tag; Mensch, bedenke’, daß sterben magst’...Ja es ist wahr: Schnell verfliegt die Zeit; *und wir sollen schon sterben, die wir noch nicht gelebt.* - Im Jahre 1525, wo das arme Volk der Bauern gegen die Aristokraten auf den Schlössern und in den Städten aufstand, da hat einer Tirannen, deren heillose Brut noch jetzt von unsrem Marke lebt, unter vielen Opfern einen jungen Bauer hinrichten lassen. Der hat laut geschrien, daß sich die Steine von Würzburg hätten erbarmen mögen: ‘Ich soll schon sterben, schon sterben, und ich hab’ mich noch nicht ein einzigmal an Brod satt gegessen!’...So können auch wir nach 300 Jahren rufen: soll Mancher von uns sterben, und hat noch nicht gelebt! Oder ist das ein Leben, was Millionen unsrer Brüder führen? Heißt Kummer, Hunger, Mißhandlung, Unterdrückung - Leben? Freilich, freilich. Es heißt *auch* Leben! ‘Leben im Jammertal’, wie die Pfaffen uns sagen, auf das ein herrliches *ewiges* Leben folgen soll. O, hinweg mit dem höhnischen Troste, womit diese Pfaffen uns um den Genuß des Lebens bisher betroge! Verflucht sei jene christliche Ergebung, mit der wir die lachenden Tirannen auf uns treten ließen! Vermaledeit der Glaube, der dieses Höllenregiment für ein göttliches erklärt!“

Nachdem darauf hingewiesen wird, daß der gesetzliche Kampf unmöglich sei, wird vom heimlichen, verdeckten Kampf gesprochen, der als letztes Mittel geblieben sei. Überall werde beim Zusammentreffen von Menschen von Revolution gesprochen. Am Schluß des Flugblatts heißt es dann:

„Ihr verfluchten Tirannen, ihr Henker des Rechts, ihr schonungslosen Volksschinder, *ihr Fürsten, Aristokraten, Pfaffen und Geldsäcke!* Das Gericht komme über euch. Die mißhandelten Männer des Volkes werden schwere Klage wider euch richten; die halbverhungerten Weber strenge Rechenschaft über ihre niedergeschossenen Brüder verlangen; die eingekerkerten Söhne Deutschlands mit heißen Worten ihr gestohlenen Leben, ihre vernichtete Gesundheit zurückfordern.

So voran nun, du doppelverschlungenes, doppelachtiges Jahr! Vielleicht zerhaut ein Ereigniß in diesem Jahre die Fesseln, die uns ins Fleisch schneiden. ‘Zwölf Stund’ hat ein jeder Tag; Mensch bedenk, daß sterben magst!’ *Und wir haben noch gar nicht gelebt!..* .

Deutschland.

Gedruckt bei Schlagdrauf und Hilfdirselbst.

1848“.

ALFRED TAPP nimmt an, daß dieses Flugblatt aus dem Kreis des „Bundes der Kommunisten“ stammte<sup>14</sup>, der auf einem Kongreß 1847 in London durch aktives Einwirken von KARL MARX und FRIEDRICH ENGELS gegründet worden war. Ihm gehörten zumeist deutsche Handwerker an. Es kann vermutet werden, dass auch in Hanau, wie in vielen anderen Städten, eine Bundesgemeinde der Kommunisten entstanden war. Die preußische Polizei zählte AUGUST SCHÄRTTNER zu einem der führenden Mitglieder. Von den Turnern behauptete die Polizei, dass kommunistische und sozialistische Lehren bei ihnen Eingang gefunden hätten und zitierte dabei aus dem 1847 verbreiteten „Turner-Katechismus“, der zur gewaltsamen Herbeiführung der Republik auffordere.



**„Wie der deutsche Michel die Nachtmütze wegwirft und sich vornimmt, ins Freie zu gehen“  
(1848)**

Am 5. Januar 1848 gedachten die Bürger Hanau in einer Feier des Jahrestages der kurhessischen Verfassung, obwohl Kurfürst Friedrich Wilhelm die Anordnung getroffen hatte, keine Feiern abzuhalten. Für alle Schichten der Stadt, vom liberalen Bürgertum bis zu den radikalsten Republikanern, aber war dies der gegebene Anlaß, für den Erhalt der Verfassung zu demonstrieren. Die Parade der Bürgerwehr musste der Stadtrat ablehnen, den an diesem Tage üblichen Kirchgang konnte man aber nicht verhindern. Nach Einbruch der Dunkelheit flammten fast alle Häuser der Stadt in festlicher Illumination auf, außer denen weniger Bürger und der Beamten und Offiziere. Bei den verschiedensten Versammlungen in den Wirtshäusern wurde in den Tischreden das Festhalten an der Verfassung zum Ausdruck gebracht. Das Festkomitee organisierte gegen den Widerstand der Polizei weitere Bürgerversammlungen. Auch ohne die verbotene Turnertracht begaben sich die Turner sonntags aufs Land, um sich dort zu versammeln. So am 16. Januar eine Gruppe von 20 bis 25 Mann in Windecken, die von einem Gasthaus zum anderen zog. Die Turner sangen ihr Lied: „Brüder reicht die Hand zum Bunde“, lasen aus verbotenen Zeitungen lasen über die „Zerstückelung Deutschlands“, über die Ungleichheit in der Nation zwischen Fürsten und Tagelöhnern. Auf diese Weise betrieben sie politische und soziale Propaganda unter der Landbevölkerung<sup>15</sup>.

#### IV. Der Beginn der Revolution

Durch die Nachrichten von den Februarrevolutionen in Frankreich und Italien wuchsen die politischen Aktivitäten in allen deutschen Staaten und auch in Hanau stark an. Am 28. Februar fand im Wirtshaus „Weißer Schwan“ von JACOB KOCH, dem Hauptquartier der Radikalen, eine Volksversammlung statt. Der Tabakwarenfabrikant und spätere Oberbürgermeister AUGUST RÜHL legte eine von ihm entworfene Resolution an den Kurfürsten FRIEDRICH WILHELM I. vor, die die folgende Forderungen enthielt: Entlassung des Ministeriums und Berufung von Ministern, die die Garantie für Veränderungen bieten, Auflösung der Landstände und Einberufung einer neuen Ständeversammlung, Neuwahlen ohne Klassenwahlrecht, sofortige Pressefreiheit, Amnestie und Rehabilitierung für alle „Fälle politischer“ Natur seit 1830 und schließlich die Aufhebung der Unterdrückung der Deutschkatholiken. Am 1. März reisten die Bürger PEDRO JUNG, AUGUST SCHÄRTTNER und WILHELM WAGNER mit der Petition nach Kassel. In den folgenden Tagen gab es unzählige Versammlungen. Um Verbote, deren Übertretung früher strenge Bestrafung zur Folge gehabt hätte, kümmerte sich niemand mehr.



**Oberbürgermeister Bernhard Eberhard**

Um die Bewegung in ruhigen Bahnen zu halten und stärkeren Einfluß ausüben zu können, beriet Oberbürgermeister BERNHARD EBERHARD mit dem Stadtrat darüber, wie die Bürgergarde wesentlich gestärkt werden könnte. Der im Dezember aufgelöste Turnverein konstituierte sich wieder offen und beschloss, sich der Bürgergarde zur Verfügung zu stellen. Dies lehnte der Stadtrat ab, um nicht auf diese Weise stillschweigend die Legalisierung des Vereins zu vollziehen. Daraufhin konstituierte sich ein Arbeiterfreikorps, das seine Aufgabe darin sah, Reformen herbeizuführen und Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Als Führer wählte man KARL RÖTTELBERG, einen ehemaligen Leutnant und Offizier der Freiheitskriege. Oberbürgermeister EBERHARD sah es in dieser Lage für geboten an, das Arbeiterfreikorps und auch die Turner aus eigener Verantwortung in die Bürgerwehr aufzunehmen. Das Arbeiterfreikorps machte mit seiner Bewaffnung einen abenteuerlichen Eindruck: Gewehre, Keulen, Säbel, Lanzen und geradegeschlagene Sensen, die der Truppe den später weithin bekannten Namen Sensenmänner einbrachten. Je länger nun die Antwort aus Kassel auf sich



warten ließ desto größer wurde die Unruhe in der Stadt. Nun erschienen auch zahlreiche Landbewohner, um sich den Tumult anzusehen. Die Bauern wurden zu Versammlungen eingeladen, um sie über die Revolution, ihre Rechte und Freiheiten aufzuklären und sie als Anhänger zu gewinnen. Polizeidirektor VON SPECHT versuchte vergebens, das Übergreifen des revolutionären Geistes auf das Land durch eine Verfügung an die Kreisämter mit dem Verbot der Verbreitung gedruckter Schriften und Petitionen zu verhindern. Die Kampfstimmung aber wuchs, insbesondere auf Grund von Nachrichten, dass der Kurfürst stärkere militärische Kräfte auf den Marsch nach Hanau geschickt habe. Die Delegation war im übrigen nicht empfangen worden und deshalb beschloss eine Volksversammlung am 6. März, eine weitere Deputation nach Kassel zu schicken, die der anderen befehlen sollte, zurückzukehren, wenn es keine Antwort des Kurfürsten gebe. Oberbürgermeister EBERHARD und die Autoritäten von Polizei und Militär befürchteten einen Aufstand und schickten deshalb am 8. März Boten in die nähere und fernere Umgebung, um bewaffnete Hilfe zu bekommen.



**Kurfürst Friedrich Wilhelm I.**

Am gleichen Tage wurden nach dem Bericht des Langendiebacher Lehrers J. MATTHES, der uns in einer Niederschrift wesentliche Ereignisse aus seiner Sicht betrachtet überliefert hat, in Langendiebach 190 Soldaten des 2. Regiments, von Fulda kommend, einquartiert<sup>16</sup>. Ebenso erhielten Ravalzhausen, Rückingen und Oberissigheim Einquartierungen. In Bruchköbel, Wachenbuchen und Mittelbuchen trafen am 9. März Husaren und eine Batterie Artillerie ein. Am Nachmittag des 8. März verlas Oberbürgermeister EBERHARD vom Balkon des Rathauses vor einer großen unruhigen und vielfach bewaffneten Volksversammlung, insgesamt ungefähr 5000 Menschen, die Depesche des Kurfürsten, in der die Pressezensur und die Verbote gegen die Deutschkatholiken aufgehoben wurden. Dies entsprach nicht den Wünschen der Menschen und so wurde das „unwillige Murren“ immer lauter, und es kam zu dem allgemeinen Ruf: „Freiheit wollen wir“<sup>17</sup>. Es bildete sich eine Volkskommission, bestehend aus 24 Männern, die meisten aus der städtischen Oberschicht und in einer Mischung aus allen politischen Richtungen. In acht Punkten wendet sich die Volkskommission noch einmal an den Kurfürsten, eine Petition, die wie ALFRED TAPP schreibt, wie eine Bombe einschlug und die Stadt Hanau weithin berühmt und berüchtigt machte. Oberbürgermeister BERNHARD EBERHARD und andere gemäßigte Mitglieder der Volkskommission schlossen sich den Forderungen an, allerdings eher um extremere Pläne zu verhindern. Die wichtigsten

Forderungen waren: Besetzung aller Ministerien mit Männern, die das Vertrauen des Volkes genießen, Auflösung der Ständeversammlung und alsbaldige Berufung neu zu wählender Stände, Bewilligung völliger Pressefreiheit, vollständige Amnestie für alle seit 1830 begangenen Vergehen, Gewährung vollständiger Religions- und Gewissensfreiheit und deren Ausübung, Hinwirkung bei dem deutschen Bund auf Bildung einer deutschen Volkskammer, Zurücknahme aller Beschlüsse, die das Petitions-, Einigungs- und Versammlungsrecht beschränken. Sollte es innerhalb von drei Tagen keine Antwort geben, gehe man davon aus, dass der Kurfürst die Forderungen ablehne. Am Schluß der Eingabe heißt es<sup>18</sup>: „Besonnene Männer, königl. Hoheit, sagen Ihnen hier, daß die Aufregung einen furchtbaren Charakter angenommen hat. Bewaffneter Zuzug aus den Nachbarstädten ist bereits vorhanden, schon wird man mit dem Gedanken einer Lostrennung vertraut, und kennt wohl das Gewicht der vollendeten Tatsachen. Königliche Hoheit! gewähren Sie! Lenke Gott Ihr Herz“.

Das Militär verließ am 10. März die Garnison in Hanau, die in Bruchköbel stationierten Husaren und 4 Kanonen wurden ihnen über Langendiebach ziehend zur Hilfe entgegen geschickt. Sie kamen jedoch, da die Hanauer Bürger keine Hindernisse in den Weg legten, wieder zurück und wurden zum Teil in Langendiebach einquartiert. Am 11. März gab der Kurfürst schließlich nach und „beugte sich dem Volkswillen, um den Aufstand zu vermeiden“, um den Thron zu retten, so wie es viele Fürsten in diesen Tagen taten. Unter großem Jubel der Kasseler Bürger fuhr die siegreiche Hanauer Delegation mit der Proklamation des Kurfürsten aus der festlich illuminierten Stadt. Es wurde die vollständige Religions- und Gewissensfreiheit nun gewährt und die geforderte Amnestie bewilligt. Am 12. März wurde in Hanau der Erlaß des Kurfürsten mit einer allgemeinen Stadtbeleuchtung gefeiert.

Am 13. März versammelte sich dann die Bürgerschaft und die bewaffnete Macht zu einem Gottesdienst auf dem Neustädter Marktplatz, bei dem Pfarrer ANTON CALAMINUS, dritter Prediger an der Marienkirche, die Predigt unter dem Titel: „Gott Lob und Dank, dargebracht für das erfreute Hanau“ hielt . G. CONRAD HERRMANN beschreibt die Szene: „Ein erhöhter Altar



**Pfarrer Anton Calaminus**

war auf dem Platz vor dem Rathause aufgeschlagen, um diesen reihten sich die Behörden und Geistlichkeit, diese waren umgeben von der mit Sensen bewaffneten Freischaar, den Turnern und den Bockenheimer Männern, hinter diesen dem Rathause gegenüber standen die Schützen und Alles war umgeben von der Bürgergarde. Bis zu den höchsten Dachluken des großen Platzes sah man Frauen mit Gesangbüchern, welche das Te Deum begeistert mitsangen. Pfarrer CALAMINUS hielt eine kurze aber tief in das Gemüth eindringende Rede. Der übrige

Tag wurde mit Festen aller Art beschlossen<sup>19</sup>. Am Ende seiner Rede sagte Pfarrer CALAMINUS: „Nun wohlan denn, meine Brüder, theure Mitbürger und Vaterlandsgenossen; wir haben nun ein lang ersehntes Gut, wir stehen auf sicherer Grundlage einer würdigen Zukunft. Laßt uns friedlich und versöhnt die Hände zusammenschlagen zum gemeinsamen Aufbau unseres Vaterlandes. Ernst sei der Wille, redlich die Hingebung und Selbstverläugnung, um das gelockerte Band zwischen Fürst und Volk, zwischen allen Ständen und Verhältnissen des einen theuern Vaterlandes wieder innig und unzerreißlich zu knüpfen! Dann mögen neue Feinde kommen, von welcher Seite und in welcher Gestalt sie wollen, sie werden rüstige Männer finden und siegreiche Waffen! So segne der Herr unsere theure Vaterstadt, so das ganze Hessenvolk in Palästen und Hütten, so das weite geliebte deutsche Vaterland! Es segne es mit seiner Kraft und seinem Frieden! Amen“<sup>20</sup>.



**Hanauer Bürgergarde 1831**



**Hanauer Bürgergardist 1848**

Am 14.März erging im übrigen der folgende „Dank der Hanauer“: „Was wir erstrebten in den letzten Tagen, - es ist erlangt. Unser Erstes ist es nun, euch allen, biedere deutsche Männer nah und fern, die ihr so schnell bereit wart uns zu helfen, unsern Dank zu bringen. Wie er in unserm Innern lebt, vermögen wir nicht auszudrücken, doch nehmt ihn hin, den Dank, wie wir ihn sagen können. - Ihr habt's gezeigt und mit dem Blute des Herzens wolltet ihr's beweisen, daß wir in Deutschland Brüder sind...“. Oberbürgermeister Eberhard reiste am gleichen Tage nach Kassel, um dort das Innenministerium zu übernehmen, das er bis zum Februar 1850 innehatte, allerdings wenig anerkannt vom Kurfürsten.

Als Gründe für den Märzerfolg nennt TAPP<sup>21</sup> die zu Leidenschaftlichkeit und Respektlosigkeit neigende Wesensart der Bevölkerung Hanau, ihre soziale Struktur, ihre politische Aufgeschlossenheit und Weltoffenheit, die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Selbstsicherheit der gehobenen Bürgerschicht. Das Fehlen einer stärkeren Adelsschicht und einer einflußreichen Bürokratie, sowie die geringe Zahl der Konservativen, begünstigte die Erfolge.

Die deutsch-katholische Gemeinde in Hanau veranstaltete am 19. März ihren ersten erlaubten öffentlichen Gottesdienst unter starker Anteilnahme der Bevölkerung in der Niederländisch-Wallonischen Kirche. Zugleich war dies das Ende des öffentlichen Interesses an deren Aktivitäten.

Das politische Leben in Stadt und Land blieb bewegt. SAUL BUCHSWEILER aus Frankfurt, damals auch als „einer der gefährlichsten Wühler“ bezeichnet, dehnte seine Aktivität bis in die Dörfer um Hanau herum aus<sup>22</sup>. Am 25. März hielt er in Langendiebach zwei Volksversammlungen mit Deputierten aus anderen Orten des Amtes Langenselbold ab. Er ermunterte zum bewaffneten Zug nach Birstein, um sich von den Fürsten Isenburg-Birstein mit Gewalt zu holen, was diese nicht freiwillig an Lastenerleichterungen gewährten.

Aus dem Lamboywald holen sich am folgenden Tag Hanauer, Langendiebacher und Rückinger das gesamte Holz, insgesamt 10 Klafter. Lehrer J. MATTHES berichtet<sup>23</sup>: „Ebenso wird in demselben Walde schrecklich gehaust. Die schönsten Buchen, Birken und junge Eichen werden abgehauen und nach Hause geschafft und meistens von Diebachern und Rückingern...Ebenso geht es mit dem Wildschießen...(Sie gehen) bei Tag und Nacht in Wald und Feld. Geschossen wird, was vorkommt“. Dazu kommen die ständigen Katzenmusiken, die unliebsamen Beamten gespielt werden, Zechprellereien und Steuerverweigerungen. Am 31. März ergeht von den Gemeinden des Amtes Langenselbold eine Eingabe an den Fürsten von Isenburg-Birstein, in der die Aufhebung von Lasten gefordert wird. Den Forderungen wird jedoch nur unwesentlich entsprochen und so schreibt MATTHES: „Dies hat einen tiefen Groll namentlich unter der Bevölkerung von Langendiebach hervorgerufen“. Am 7. April wird als Reaktion das sogenannte Herrenwäldchen, 45-50 Morgen groß, von den Langendiebachern vollständig abgeholzt und von den Bauern nach Hause gefahren. Fünf Tage lang dauerte es bis alles Holz weggeschafft war. „Wer nicht fahren wollte, dem wurde gedroht, die Fenster einzuschlagen oder ihn zu mißhandeln, und aus Furcht vor dem Gesindel haben die meisten gefahren“. Der Lehrer MATTHES zeigt sich in seinem ganzen Bericht als ein Mann, der den revolutionären Ereignissen ablehnend gegenüber steht. Er schätzt den Verlust für die Isenburger auf 60-70 000 Gulden. Im übrigen berichtet er aus diesen Tagen noch, dass „am Montag sämtliche Konfirmanden (Knaben) aus der Schule blieben, ohne entlassen worden zu sein. Ebenso sind eine Menge Versäumnisse in dieser Woche in meiner Schule vorgekommen, was sonst nie in dem Grade der Fall war“. Zu diesem Zeitpunkt setzten auch Judenverfolgungen auf dem Lande ein, was den Hanauer Volksrat veranlasste, in einem Flugblatt vom 30 März zu mahnen, „keine Jagd“ auf „unsere jüdischen Mitbürger zu machen. Es wird noch konkreter über Ereignisse wenige Monate später in Langenselbold zu berichten sein.

Am 12. April vormittags um 11 Uhr fuhren Mitglieder des Hanauer Volksrates, der Oberbürgermeister AUGUST RÜHL, Obergerichtsanwalt BRAUBACH, Lehrer PRESSEL, die Turnerführer AUGUST SCHÄRTNER und GOTTFRIED UNA zusammen mit Turnvater FRIEDRICH LUDWIG JAHN „auf einem mit Laubwerk und Fahnen gezierten Wagen“ nach Langenselbold, um dort vor dem Wirtshaus „Zum Goldenen Engel“ des Gastwirts KÖHLER eine Volksversammlung abzuhalten. An ihr nahmen etwas 1500 Männer aus Langenselbold,



Langendiebach, Rückingen. Rodenbach, Ravolzhausen, Hüttengesäß, Rothenbergen und anderen Orten teil.



**Gasthof „Zum Goldenen Engel“ in Langenselbold    Turnvater Friedrich Ludwig Jahn**

TAPP schreibt dazu<sup>24</sup>: „Zweck war die Unterrichtung der Landbevölkerung über die politischen Vorgänge in Deutschland und die Werbung für den Anschluß an die Hanauer Wünsche. So forderte man die Gemeinden auf, sich bei der Staatsregierung für direkte Wahl der Deputierten für die Nationalversammlung einzusetzen; man regte nach dem Hanauer Vorbild die Wahl von Volksräten an...Die beginnende Unzufriedenheit über den Verlauf der Revolution ergab sich aus Klagen, daß in Kassel die „gestürzte Partei wieder ihr Haupt erhebe, der Märzregierung Schwierigkeiten in den Weg lege und der Kurfürst geneigt sei, die

Märzzugeständnisse zurückzunehmen“. Aus dem Fenster des Gasthauses hielt auch JAHN eine Rede, in der er ausführte: „Ihr Rekruten (anwesend waren solche des 3. Kurhessischen Infanterie-Regiments), geht nicht in den Dienst; sagt Eurem Kurfürsten, daß jetzt das ganze deutsche Volk bewaffnet werde, daß man keine Soldaten, keine stehenden Heere mehr brauche; sagt Eurem Kurfürsten, Ihr ginget nicht mehr in den Dienst, Die stehenden Heere müssen vor allen Dingen aufgelöst werden, und dem Volke die Waffen in die Hand gegeben werden. Die Offiziere taugen nichts, sie haben noch immer ihre Kasten-Ehre und glauben etwas Besseres zu sein, als wir. Wir müssen dies alles umwerfen“. In der Hanauer Zeitung finden wir diesen Teil der Rede am 8. Oktober 1848 in einem „Inserat“, wir würden heute sagen in einem Offenen Brief, eines Kritikers JAHNS, in dem diesem vorgeworfen wird, er habe seine Ideen verraten: „Dein größter Verrath aber liegt darin, daß du noch vor wenigen Monaten zum Sturze aller Regierungen, ja sogar zu Verschwörungen in dem „rothschwärmenden“ Hanau ( ein Wort aus seiner berühmten Schwanenrede) aufgefordert und animirt hast, und jetzt einen Spießträger der bekannten öffentlichen Ruhe und Ordnung abgibst“.

Über das Ende der Volksversammlung schreibt J. MATTHES: „Zuletzt wurden alle Männer gewarnt, sich vor Exzessen zu hüten, bedacht zu sein, das Eigentum zu schützen, sowie überhaupt bedacht zu sein, daß keine ungesetzlichen Handlungen gegen einzelne Personen verübt würden. Nachdem die Versammlung über 1 1/2 Stunden gedauert hatte, trennte sie sich in schönster Ordnung, auch nicht die geringste Störung fiel vor“.

## **V. Die Konstituierung der Nationalversammlung**

Der Deutsche Bundestag hatte am 30. März beschlossen, die Regierungen der Einzelstaaten dazu aufzufordern, allgemeine Wahlen zu einer deutschen verfassungsgebenden Versammlung in die Wege zu leiten. Das am folgenden Tage zusammentretende „Vorparlament“, das die Prominenz der liberalen und demokratischen Opposition versammelte, sah mehrheitlich seine Aufgabe darin, die Wahl der Nationalversammlung vorzubereiten. Beschlossen wurde das allgemeine und gleiche (Männer-) Wahlrecht. Das konkrete Wahlrecht sollte in den Einzelstaaten nach eigenen Gesichtspunkten gestaltet werden. Das kurhessische Wahlgesetz vom 10. April sprach allen volljährigen selbständigen deutschen kurhessischen Männern das passive Wahlrecht zu. Zu der nicht wahlberechtigten Gruppe der Unselbständigen gehörten die Arbeiter, Gesellen, Knechte, Dienstboten, alle Handlungsgehilfen in Handel und Industrie, alle aus anderen Ländern zugewanderten Lohn- und Gehaltsempfänger. Eine breite Schicht der Bevölkerung blieb also von der Wahl ausgeschlossen. Das Landgericht Hanau bildete den zehnten der elf kurhessischen Wahlbezirke und umfasste die Justizämter Bergen, Bockenheim, Langenselbod, Nauheim, Windecken, Bieber und Meerholz. Es war ein Abgeordneter zu wählen. Als Kandidaten bewarben sich der Hanauer Oberbürgermeister AUGUST RÜHL, der Obergerichtsanwalt CARL BRAUBACH, der Rentier HEINRICH RAUH und GEORG PFLÜGER. Wenn wir einen Blick auf die Programme der Kandidaten werfen, bekommen wir einen Eindruck von den verschiedenen politischen Bestrebungen in den deutschen Staaten. Oberbürgermeister AUGUST RÜHL trat für einen deutschen Bundesstaat ein, für eine deutsche Volkskammer mit beschließender, gesetzgebender Gewalt, für eine verantwortliche Zentralregierung mit einem verantwortlichen Oberhaupt, das kein regierender Fürst sein sollte. Weitere Punkte waren: Abschaffung der stehenden Heere zugunsten eines deutschen Volksheeres, Beibehaltung der erreichten Rechte wie Pressefreiheit, Schwurgericht, allgemeines Bürgerrecht, Einheitlichkeit von Recht, Maßen, Münzen und Gewicht. CARL BRAUBACH war der Richtung der Konservativeren zuzurechnen, die für die konstitutionell-monarchische Staatsform eintrat. Die Entscheidungen

der Volksversammlung sollten aber auch für ihn für die Fürsten bindend sein, die Pflichten, aber keine eigenen besonderen Rechte haben sollten. Die Einzelstaaten wollte er erhalten wissen. HEINRICH RAUH sah von einem ausführlicheren Programm ab, erklärte sich als Demokrat, für die Volkssouveränität und für den Vorrang des Mehrheitswillens der Nationalversammlung. GEORG PFLÜGER wünschte sich einen deutschen Bundesstaat ohne Monarchen, eine alle drei Jahre zu wählende Nationalversammlung, deren Beschlüsse auch für die Einzelregierungen bindend sein sollten. Er forderte das Volksheer, die Beseitigung des Berufsbeamtentums, die Wirtschaftseinheit, die progressive Einkommen- und Vermögensteuer, Abschaffung der Vorrechte des Adels, Trennung von Kirche und Staat, Kirche und Schule, Abschaffung des Schulgeldes und eine Reform der höheren Schule. Er setzt sich für das uneingeschränkte Wahlrecht ein. Damit vertrat er das Programm des Demokratischen Zentralkomitees, das sich als loser Zusammenschluß der Linken der Paulskirche am 4. April in Frankfurt mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt hatte. PFLÜGER war deren Mitglied und warb für die Gründung eines Demokratischen Vereins in Hanau, der sich dort jedoch erst am 8. Juni konstituierte. Zugleich warb er auch in den umliegenden Orten für die Gründung von Zweigvereinen. Im Herbst wurde er auch in Langenselbold gegründet. Darauf wird noch ausführlicher eingegangen. Die „Hanauer Zeitung“ veröffentlichte das Programm, das folgende Ziele hatte<sup>24</sup>:

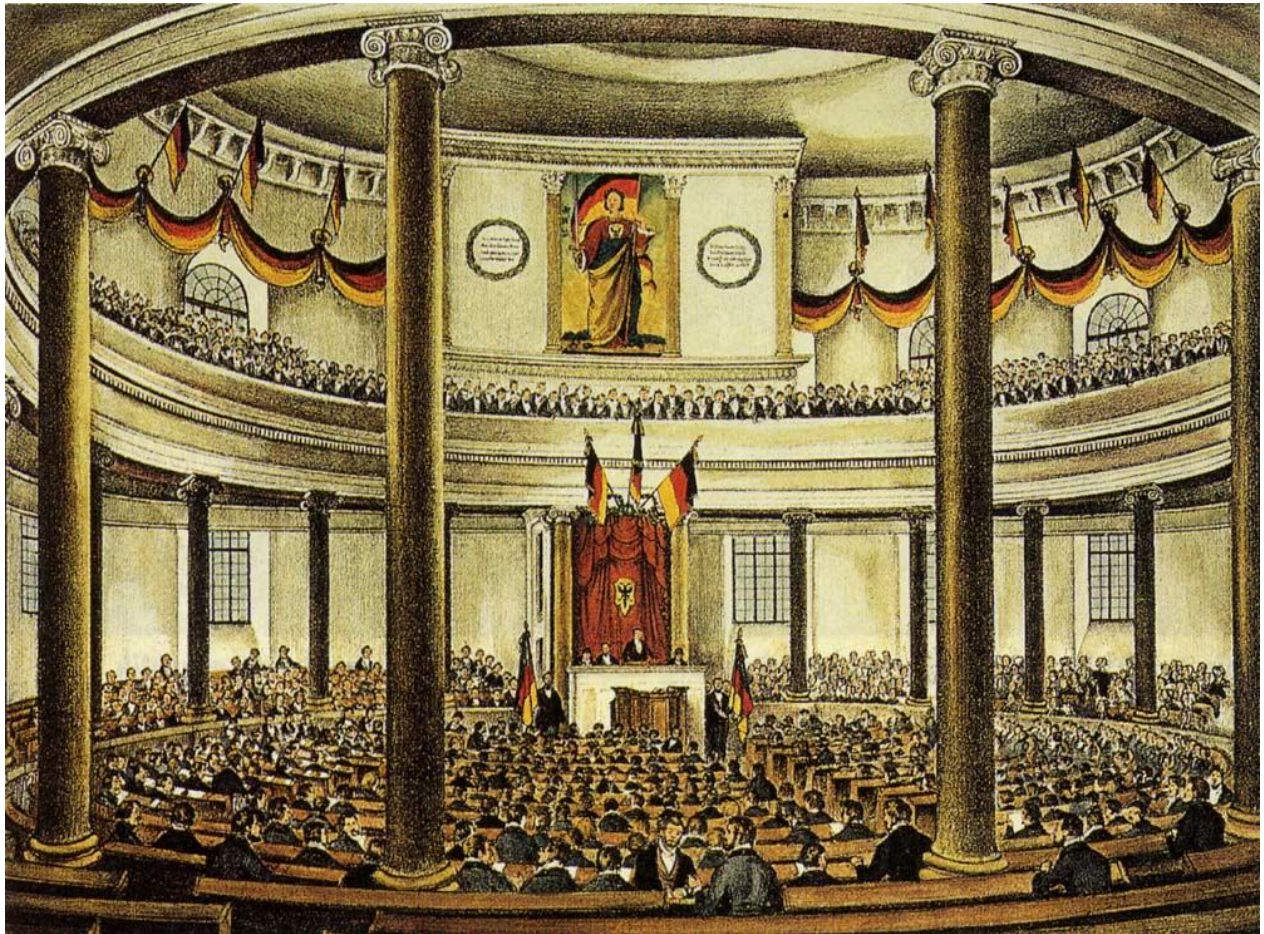
- „1. Wir wollen, daß die Verfassung für ganz Deutschland auf dem demokratischen Prinzip ruhe und die unumschränkte Volkssouveränität für alle Zukunft sichergestellt werde.
2. Wir wollen vor allem ein einiges, politisch freies und verbrüderetes Deutschland, nach innen und nach außen.
3. Wir wollen ein Volksheer durch Einverleibung der stehenden Heere.
4. Wir wollen nur die Herrschaft des Gesetzes und vollkommene Gleichheit vor demselben.
5. Wir verpflichten uns gegenseitig, die Rechte und die Wohlfahrt aller auf jede mögliche Weise zu verwirklichen, zu vertreten und zu schützen“.



**Oberbürgermeister August Rühl**

Oberbürgermeister AUGUST RÜHL gewann die Wahl mit deutlichem Vorsprung mit insgesamt 9977 Stimmen, RAUH erhielt 1215, PFLÜGER nur 358, da er wohl mehr Anhänger unter den nicht wahlberechtigten Unselbständigen hatte, BRAUBACH 32, HEINRICH J. KÖNIG als konstitutioneller Liberaler 114 Stimmen, obwohl er offiziell nicht kandidiert hatte. In den Kleinstädten und auf dem Lande gewann dabei der demokratische Republikaner RÜHL sogar 86% der Stimmen, während er in der Stadt auf 64% kam. Das Ergebnis im Wahlbezirk Hanau stand im Gegensatz zum übrigen Kurhessen, wo die Demokraten und Republikaner eine völlige Niederlage erlitten.





### **Die Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt am Main**

In der Frankfurter Paulskirche trat dann am 18. Mai die deutsche konstituierende Nationalversammlung zusammen, vornehmlich zur Beratung und Verabschiedung einer Verfassung. Die Nationalversammlung bestand zu drei Viertel aus Abgeordneten mit Universitätsbildung, über die Hälfte stand im Sold vom Staat oder den Kommunen, vor allem höhere Beamte, Richter und Staatsanwälte, ein Viertel stellte die freiberufliche Intelligenz, vor allem Rechtsanwälte, sieben Prozent das gehobene Wirtschaftsbürgertum, etwas stärker als die Großgrundbesitzer und die 39 Geistlichen. Nur drei Abgeordnete waren Bauern, einer Handwerker. Wenn man auf die sich bildenden Fraktionen sieht, so sind etwa 6% zu den Konservativen oder Rechten zu zählen, 34% zu den Konstitutionell-Liberalen oder rechtem Zentrum, 13% zu den Parlamentarisch-Liberalen oder linkem Zentrum, 15% zu den Demokraten oder Linken und schließlich sind 32% keiner Fraktion zuzurechnen.

In den Zeitungen hatte man den Wunsch ausgesprochen, das Ereignis der Konstituierung des Parlaments mit Freudenfeuern zu begehen. So auch in Hanau und den umliegenden Orten. MATTHES berichtet von Langendiebach: „Es wurde nämlich gegen Abend durch eine Schelle bekannt gemacht, daß jeder Einwohner eine Welle Reiser an das Spritzenhaus bringen solle. Nachdem dies geschehen war, wurden die Wellen aufgeladen und in Begleitung der Bürgergarde auf den Berg gefahren, wo sie gegen 9 Uhr abends angezündet wurden. Wir gingen auf den Kirchturm und konnten von da die verschiedenen Feuer um uns herum beobachten, welche einen herrlichen Anblick gewährten. In Hanau hat man zu diesem Zwecke Ölfässer hinausgefahren und unweit des Lehrhofes angesteckt“<sup>26</sup>.



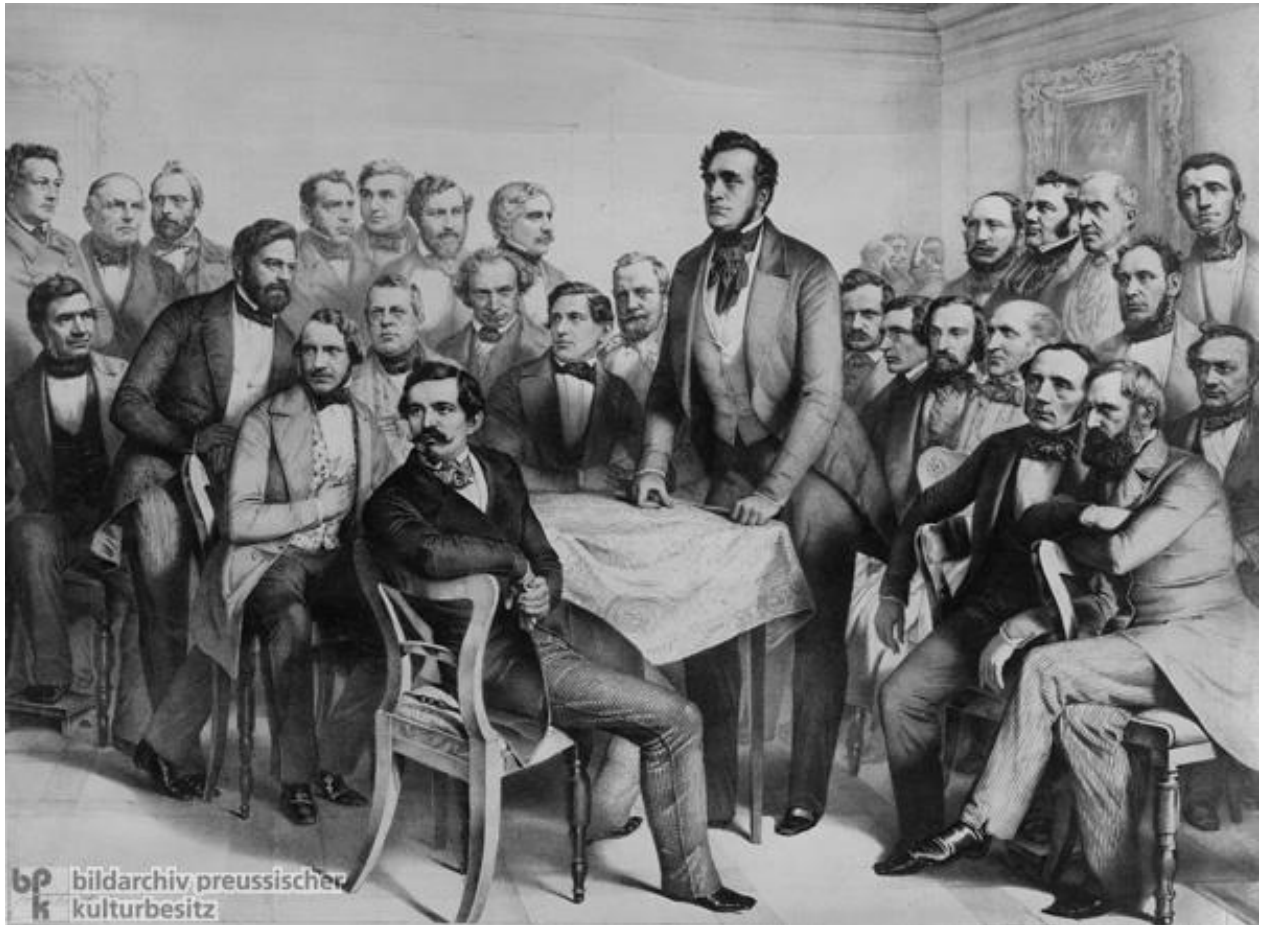
## VI. Die wirtschaftliche Not und deren Folgen

Die politischen Ereignisse des Frühjahrs 1848 waren auch weiterhin von großen sozialen Problemen in Stadt und Land begleitet. In Hanau begann das Edelmetall- und Juwelengeschäft bedenklich zu stocken, da vor allem auch ein wichtiger Kunde, das revolutionäre Frankreich, das Tragen von Schmucksachen ablehnte. Betriebe wurden geschlossen, andere entließen Arbeiter. Schon im März sah sich der Hanauer Stadtrat genötigt, 200 Gulden zur Einrichtung einer „Suppenanstalt“ für die Armen zu bewilligen. Es wurde eine ganze Anzahl von Hilfsaktionen zur Unterstützung der Armen und Arbeitlosen ins Leben gerufen. Die Stadt Hanau ließ öffentliche Notstandsarbeiten durchführen, so die Tieferlegung der Fallbach, die Trockenlegung von Sümpfen und die Kultivierung von Heideflächen. Die Handwerksgesellen und Arbeiter begannen verstärkt ihre Interessen zu vertreten, und so wurde auch in Hanau am 23. April unter der Teilnahme von 500 Personen ein Arbeiterverein gegründet. Auch auf dem Lande war die Not größer geworden. Im Juni kam es zu Selbsthilfeaktionen mit Spannungen auch zwischen den Bewohnern der Orte. MATTHES berichtet: „Am 10. Juni abends kam die Nachricht hierher ( also nach Langendiebach) die Rückinger seien in die Tannen eingedrungen und fingen an, Pflingstbäume abzuhaueu. Sogleich wurde dahier Lärm geblasen, und die Bürgergarde-Trommeln wirbelten; die Bürgergarde zog bewaffnet an die bedrohte Stelle; sie fanden dort eine Anzahl Rückinger, welche teils mit jungen Birken nach Hause eilten, teils noch damit beschäftigt waren, solche umzuhaueu. Die hiesige Bürgergarde hatte das Glück, 5 solcher Frevler einzufangen, die anderen entsprangen. Jene wurden am ersten Pflingstfeiertage durch 16 bewaffnete Bürgergardisten an das Amt Langenselbold transportiert, allein kaum waren sie fort, als sich das Gerücht hier verbreitete, daß viele Rückinger auf dem Marsche seien, welche die Gefangenen befreien wollten. Hierauf wurde wieder, und zwar kurz vor dem Morgengottesdienst, Alarm geblasen, welches zur Folge hatte, dass viele Bürgergardisten ihren Kameraden zur Hilfe eilten, jedoch war diese Mühe vergebens, nicht ein Rückinger hatte sich sehen lassen. Die Gefangenen wurden in Selbold in dem Amtsgefängnis untergebracht, allein am Nachmittage erschienen mehrere bewaffnete Rückinger bei Assessor SCHMIDT und verlangten die augenblickliche Freilassung der Gefangenen, widrigenfalls die ganze Gemeinde Rückingen erscheinen und die Gefangenen mit Gewalt befreien würde. Auf diese Drohungen hin gab Assessor SCHMIDT nach gab dieselben los. Die Frevler sollen 40 junge Birken umgehauen haben. Am 11. Juni, am 1. Pflingstfeiertage nachmittags, gingen die Vorsteher von hier in Angelegenheit der Wald- und Huteteilung nach Rückingen. Kaum waren sie am Rückinger Kirchhofe angekommen, als ihnen der Ortsbürger JOHANNES DITTER von hier entgegenstürzte, begleitet von einer großen Menge Rückinger Weiber, Männer und Kinder, von welchen er hatte mißhandelt werden sollen, aber von mehreren Gutdenkenden geschützt und und vor das Dorf geleitet worden war. DITTER machte sich auf die Fersen und entging der Gefahr, die andern aber, welche nicht auf die Ermahnungen der Gutdenkenden geachtet hatten, wurden von dem Rückinger Pöbel mit Steinen und Prügeln empfangen und geworfen und geschlagen. Hierauf gingen auch diese durch, nur der Gemeinderat JOHANNES SCHNEIDER II, ein alter, schwerfälliger Mann, konnte nicht entfliehen, und an diesem ließen die Rückinger ihre Rache aus. Er wurde geworfen und geschlagen und namentlich an der Stirn tief verwundet, so dass er von seinen Angehörigen nach Hause geführt werden mußte. Diese Geschichte hat auch hier eine große Erbitterung gegen Rückingen hervorgerufen. Ich fürchte, daß noch die traurigsten Folgen daraus entstehen werden“<sup>27</sup>. Auch die Jagdgesetze wurden wenig befolgt: Jeder, dem es einfällt, überläßt sich, wie MATTHES schreibt, nach vor dem Jagdvergnügen, sicher wohl nicht immer nur aus Vergnügen, sondern auch der Not heraus.

In Langenselbold kommt es in der Nacht vom 28. auf den 29. August zur Judenverfolgung. Zu Erklärung sind einige Bemerkungen vonnöten, die aus den Untersuchungen nassauischer und hessischer Agrarproteste hervorgehen. MICHAEL WETTENGEL faßt die Ursachen für die antijüdischen Aktionen wie folgt zusammen<sup>28</sup>: „Das Zusammentreffen von Agrarreform, Agrarkrise und erhöhtem Finanzbedarf des Staates hatte zu einer übermäßigen Finanzbelastung für die Kleinbauern geführt, deren Hauptkreditgeber traditionell Juden waren. Die meist vorindustriellen Wirtschaftsformen verhafteten Bauern waren nicht in der Lage, die Finanzierbarkeit eines Kredits zu berechnen, und gerieten in aller Regel in Zahlungsschwierigkeiten“. Daneben traten die Juden als Kleinhändler und Hausierer in Konkurrenz zum dörrflichen und kleinstädtischen Handwerk und wurden in der Notzeit weniger geachtet. Von den Bauern hingegen wurden sie geschätzt, „da sie bei der schwach ausgeprägten Infrastruktur wichtige Funktionen erfüllten“. Die jüdischen Mitbürger, bislang traditionell von den handwerklichen Erwerbszweigen ausgeschlossen und deshalb eben im Kredit- und Hausierhandel tätig, „vermochten sich wesentlich besser auf die heraufziehende kapitalistischen Wirtschaftsformen einzustellen als ihre christlichen Mitbürger, deren Denken von der vorindustriellen Subsistenzwirtschaft geprägt war. Für diese blieb der wirtschaftliche Aufstieg von Juden unerklärlich“. Es sind 16 Orte bekannt, in denen es in Hessen-Nassau und Kurhessen zur Gewalttaten gegen Juden kam, zumeist in Kleinstädten und Marktflecken. Vermutlich waren es mehr. Die Zeitungen, so wird angenommen, wollten aber keine schlechten Beispiele vor Augen führen. Opfer waren zumeist die wohlhabenden Juden, die als Gegner angesehen wurden, bei denen man wenigsten mit Widerstand rechnete. Der damalige Rabbiner DR. ADLER aus Alzey beobachtete sehr treffend folgendes: „Gewalthätigkeit war zu allen Zeiten und ist überall bei der rohen Masse natürlich gegen eine unterdrückte und im Staate geringer geachtete Klasse (gerichtet), von der man glaubt, daß sie leicht eingeschüchtert und keinen Beistand finden werde.....wir haben in den jüngsten Wochen das Beispiel erlebt, daß eine aufrührerische Rotte laut ihren Operationsplan verkündet hat, bei den reichen Juden zu beginnen und mit den reichen Christen fortzufahren“<sup>29</sup>. Obwohl 1848 den Juden das Gemeindebürgerrecht zuerkannt worden war, wurde das ihnen zustehende Losholz oder überhaupt die Aufnahme in den Gemeindeverband vielfach verweigert. Auf diese Weise wollte man gegenüber den Außenseitern die Teilhabe am Gemeindevermögen und den Gemeindevorrichtungen abschotten. Wettengel schreibt deshalb zu Recht: „Das Pfründedenken war der ideale Nährboden für Fremdenhaß. Während die meisten Gewalttätigkeiten gegen Juden nur in den ersten Wochen der Revolution stattfanden, währten die Aufnahmeverweigerungen teilweise bis in die 1850er Jahre“<sup>30</sup>.

In der Nacht vom 28. auf den 29. August kommt es in Langenselbold zu „eine(r) arge(n) Judenverfolgung“ (MATTHES)<sup>31</sup>: „Einige Leute, welche wohl schon lange einen Groll gegen mehrere Judenfamilien hatten, fingen des Nachts an, die Fenster, Türen und Laden einiger Judenhäuser einzuschlagen, rückten in dieselben ein und fingen nun an, ihre Zerstörungswut auch im Innern der Häuser auszuüben. Indem die Juden nach Hilfe riefen und viele Menschen umherstanden und dem Treiben der Übeltäter zusahen, wurde doch kein Einhalt getan, und die armen Juden ihrem Schicksal überlassen, welche nun zum Teil die Flucht ergriffen und ihre Habseligkeiten preisgaben. Das Amt konnte im Augenblick keine Einschnitte tun, indem die Bürgergarde nicht erschien oder vielleicht nicht erscheinen wollte. Die Täter sind eingezogen worden, der angerichtete Schaden soll sich auf einige tausend Gulden belaufen“.

## VI Die Nationalversammlung im Ringen um die Staatsform



### Heinrich von Gagern in der Nationalversammlung

Am 24. Juni macht der Präsident der Nationalversammlung HEINRICH VON GAGERN den berühmt gewordenen „kühnen Griff“: In der Debatte über die Errichtung der Provisorischen Zentralgewalt schlägt er vor, dass die Regierungsgewalt einem von der Nationalversammlung „Reichsverweser“ übergeben soll, und zwar dem populären österreichischen Erzherzog JOHANN. Damit kommt er den Linken entgegen, indem die Spitze des Reiches ohne Vereinbarung mit den Fürsten vom Parlament allein bestimmt wird. Auf der anderen Seite ist der Vorschlag auch für die Mitte akzeptabel, weil kein revolutionärer Vollziehungsausschuss eingesetzt wird. Mit 450 zu 100 Stimmen wird der Vorschlag angenommen. Zuständig soll die Zentralgewalt sein für die „Oberleitung der samten bewaffneten Macht“ und die Ausübung der „völkerechtlichen und handelspolitischen Vertretung Deutschlands“. In Hanau hatten verschiedene Publizisten die Hoffnung geäußert, dass eine baldige Lösung des Problems der Reichsspitze den für die Stadt und die Region so notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung befördern könnte. Man dachte dabei allerdings mehrheitlich an einen gewählten Präsidenten. Als in der zwölften Volksversammlung am 21. Juni berichtet wurde, dass von der Rechten der Nationalversammlung beabsichtigt sei, die Zentralgewalt in die Hände eines Fürsten zu legen, rief dies erhebliche Entrüstung hervor. In einem einmütigen Protest brachte die Versammlung donnernde Hochrufe auf den Revolutionär FRIEDRICH HECKER aus und ließ die Republik hochleben. Am 29. Juni wurde Erzherzog JOHANN mit großer Mehrheit gewählt und begab sich auf die Reise durch die deutschen Länder nach Frankfurt. Seine Reise glich einem Triumphzug.

Zur Anzeige wird der QuickTime™  
Dekompressor „  
benötigt.

Zur Anzeige wird der QuickTime™  
Dekompressor „  
benötigt.

### **Friedrich Hecker**

### **Erzherzog Johann von Österreich**

Am 11. Juli sollte er Hanau passieren. Die Mehrheit des Stadtrats beschloss, die Stadt mit Fahnen zu schmücken. Oberbürgermeister AUGUST RÜHL allerdings lehnte die Teilnahme an der Begrüßung des Erzherzogs ab. Die Republikaner, unter ihnen viel Turner, versammelten sich zur Gegenaktion in Gruppen und gaben ihrer Ablehnung lauten Ausdruck. Sie bildeten dann einen Demonstrationszug, aus dem heraus eine Gruppe in das Rathaus eindrang und die Fahnen vom Balkon riss. Insgesamt war es ein frostiger Empfang, die dem Souverain entgegengebracht wurde. Der offizielle Empfang an der Post fiel aus, da der sofort weiterreiste. Für Oberbürgermeister RÜHL gab es, da man es begrüßte, dass er auch an den Feierlichkeiten in Frankfurt nicht teilnahm, einen vom Demokratischen Verein organisierten Fackelzug mit Bürgerwehrkapelle, unter Beteiligung von etwa tausend Menschen. Am 2. Juli kam es dann zu einem von achthundert Delegierten aus ganz Deutschland besuchten Turnerkongreß in Hanau, dessen Verhandlungen in der Französischen Kirche stattfanden. Es kam zu einer Spaltung über die Frage der demokratisch-republikanischen Staatsform. Diese Festlegung wurde mit neunzig, vor allem norddeutschen, gegen achtzig Stimmen abgelehnt. Die Linke zog aus und gründete in der Deutschen Volkshalle den Demokratischen Turnerbund. Schärtner gewann dadurch erheblich an Einfluß. Die Hanauer Turner hatten 18 Riegen mit insgesamt 386 aktiven Mitgliedern, die sich verpflichteten, an Waffenübungen teilzunehmen.

Im Oktober wurde die kurhessische Ständeversammlung neu gewählt. Die beiden Hanauer Fraktionen, die Demokraten und der Politische Verein lieferten sich erbitterte Wahlschlachten, aus denen die Demokraten als Sieger hervorgingen. Die Republikaner RAUH

und THEOBALD erhielten die beiden Mandate der Stadt. Im Landwahlbezirk Hanau wurde Bürgermeister GEORG LIND aus Oberissigheim gewählt.

Im September berichtete der Apotheker WEBER in Langenselbold der Regierung, daß er den Apotheker FERDINAND GLEIM eingestellt hat<sup>32</sup>. FERDINAND GLEIM wurde am 8.9.1816 in Göttingen geboren und schloß sein Studium nach einer Lehre in Minden 1843 mit der Note „sehr gut“ ab. Seit 1846 arbeitete er dann als Vorsteher einer Apotheke in Frankenberg. In Langenselbold entfaltete GLEIM eine rege politische Tätigkeit. Er rief den Demokratischen Verein ins Leben, der offensichtlich dann in Langenselbold die dominierende politische Vereinigung war. 1849 wurde GLEIM zu dessen Präsident gewählt. Zu dieser Zeit hatte der Demokratische Verein etwa 280 Mitglieder. Bei der damaligen Einwohnerzahl von etwa 2600 eine erstaunlich hohe Mitgliederzahl. Von ihm und anderen Langenselboldern des Demokratischen Vereins, die am Zug der Hanauer Turner im Juni 1949 nach Baden teilnahmen, werden wir später noch ausführlicher hören. Auch in Langendiebach gab es einen starken Demokratischen Verein, bei etwa 1400 Einwohnern immerhin 227 Mitglieder.

### **VIII. Der Septemberaufstand in Frankfurt**

Für die deutschen Patrioten und ihre nationalen Gefühle wurde der Kampf der Deutschen in Schleswig und Holstein um den Anschluß dieser beiden zu Dänemark gehörigen Provinzen zu einem wesentlichen über Parteigrenzen hinweg einigenden Punkt. Preußen schloß im Verlauf der kriegerischen Auseinandersetzungen einen als Demütigung empfundenen Waffenstillstand unter Mißachtung des Nationalparlaments, des Reichsverwesers und des Reichsministeriums. Mit dem Frieden wurde auch die demokratische, provisorische Regierung Schleswig-Holsteins aufgehoben. Am 5. September beschließt die Nationalversammlung mit Mehrheit, dass die Maßnahmen zur Ausführung des Waffenstillstandes eingestellt werden müssen. Unter massivem Drucks Preußens wird dieser Beschluß jedoch am 16. September wieder zurückgenommen. Damit traten die wahren Machtverhältnisse deutlich zu Tage: das deutsche Parlament konnte sich nicht gegen die Großmächte durchsetzen. Noch in der Nacht dieses Tages schickten die Frankfurter radikalen Vereine Boten in alle Richtungen mit der Aufforderung zu einer Massendemonstration in Frankfurt auf der Pfingstweide. Am nächsten Morgen fanden die Hanauer große Maueranschlüge, die zur Teilnahme an dieser Demonstration aufriefen. Wenige Tage zuvor war die Eisenbahnlinie zwischen Frankfurt und Hanau eröffnet worden und so fuhren nun 600 bis 700 Menschen, nach Meinung des Polizeidirektors sogar 1800 Menschen, mit dem neuen Verkehrsmittel nach Frankfurt, unter ihnen auch AUGUST SCHÄRTTNER und viele andere Turner. Über 10 000 Menschen, hauptsächlich Handwerksgesellen und Arbeiter, kamen zusammen, um die neue Lage zu beraten. Die meisten Hanauer kehrten am Abend wieder zurück. Am nächsten Tag, dem 18. September, brach in Frankfurt ein offener Aufstand aus. Der Hanauer Demokrat DÖRR schrieb in seinem Tagebuch anschaulich über den Beginn des Tages in Hanau: „Morgens halb 9 Uhr wurde eine augenblickliche Volksversammlung bekannt gemacht, alles strömte ins Schauspielhaus, RAUH verzählte von der Frankfurter Volksversammlung und forderte jeden auf, jeden Augenblick bereit zu sein...SCHÄRTTNER kam um 10 Uhr von Frankfurt und konnte weiter nicht mitteilen, als daß der Frankfurter-Hanauer Bahnhof mit Östreicher und Preußen besetzt sei...Nachmittags 4 Uhr kam die Kunde daß Barikaden gebaut seien alle Thoren besetzt und Schuß auf Schuß fiel. Es setzte alle Gemüther in Bewegung es Schlug Allarm die Bürger-Garde war unter Waffen viele glaubten es ging nach Frankfurt, allein der Oberbürgermeister verhinderte es denn es sei kein allgemeiner Aufruf. es wurden Thürme Rathaus, Zeughaus und noch andere gebäude besetzt, bis spät in die Nacht fielen einzelne Schuß, auch hatten die Preußen die Eisenbahn vor der



Mainkur aufbrechen lassen. Man läutete Sturm auf dem französischen Kirchturm ( wie TAPP bemerkt, das Zeichen für die Landbevölkerung zum Antritt des bewaffneten des bewaffneten Marschs nach Frankfurt, das jedoch plötzlich abbrach), man beehrte die Sennen aus dem Rathaus was jedoch nicht geschah, die Nacht ging ruhig vorüber<sup>33</sup>. In Frankfurt wurde mittlerweile der Aufstand schnell niedergeschlagen. 80 Aufständische, darunter drei Hanauer, und zwei preußische Abgeordnete der Rechten kommen dabei ums Leben, viele werden verwundet. Am nächsten Tag wird vom Reichsverweser der Belagerungszustand über die Stadt Frankfurt verhängt, das Kriegsrecht in Kraft gesetzt und ein Versammlungsverbot für die Vereine ausgesprochen. Über 600 Gerichtsverfahren gegen Aufständische werden eröffnet. Im Oktober und November kommt es in Wien und Berlin ebenfalls zur Niederschlagung von Aufständen. Die Verurteilung und Erschießung des Abgeordneten Robert Blum in Wien erregte viele Menschen in den deutschen Ländern. Die Revolutionswende war eingeläutet.

Zur Anzeige wird der QuickTime™  
Dekompressor „  
benötigt.

### **Erstürmung der Barrikade an der Konstablerwache in Frankfurt a.M. am 18. September 1848 durch preußisches Militär**

## **IX. Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise**

Die soziale Lage in Stadt und Land blieb weiter äußerst angespannt. Die Absatzkrise in der Industrie hielt an. In Hanau war die öffentliche und private Unterstützungstätigkeit der Not der Familien nicht gewachsen. Im Oktober gründeten Arbeitslose den „Ausschuß brotloser Arbeiter“, der anregte, die Kirchenkonsistorien und die Regierung zu bewegen, Kirchenvermögen für Wohlfahrtszwecke flüssig zu machen. Von den erworbenen Kirchenmitteln könne die von einigen Fabrikanten geplante Gewehrfabrikation „besser organisiert“ werden. Man wolle nicht von Unterstützungen leben, sondern von Arbeit<sup>34</sup>. Ob Kirchenmittel dafür eingesetzt wurden, ist nicht bekannt, aber eher unwahrscheinlich. Die aufgenommene Gewehrproduktion bot einer Anzahl Goldarbeitern Beschäftigung. Zweihundert von ihnen blieben jedoch arbeitslos, ebenso viele andere aus anderen Branchen.

Auf einer Versammlung der Goldarbeiter wurde den unverheirateten Kollegen nahegelegt, nach Amerika auszuwandern. Oberbürgermeister AUGUST RÜHL unterstützte einen entsprechenden Antrag an die Regierung und die Ständeversammlung. Das Ministerium des Inneren bewilligte schließlich nach anfänglicher Ablehnung ein zinsloses Darlehn an die Stadt, das es über hundert Goldarbeitern ermöglichte, nach Amerika auszuwandern.

Am 3. November trafen knapp dreißig Jäger von Kassel in Rückingen ein, damit diese die Staatswäldungen schützten, da, wie J. MATTHES berichtet, „Rückinger und Rodenbacher sehr bedeutenden Forstfrevel“ verüben. In diese Zeit fällt auch der Beschluß des Reichsverwesers, das Militär um ein Prozent zu erhöhen. Im ganzen Land wurde von den Jahrgängen 1821 bis 1828 eine nachträgliche Musterung ausgeschrieben. Allein in Langendiebach wurden von 81 Mann 27 gezogen, etliche von ihnen waren schon verheiratet<sup>35</sup>. Im Dezember erregt ein Gerücht die Gemüter der Langendiebacher aus Neue. Es solle das im Frühjahr aus dem Herrenwäldchen geholte Holz von Amts wegen erfaßt und wieder abtransportiert werden. MATTHES schreibt : „Dieses rief einen gewaltigen Lärm unter den hiesigen Revolutionären hervor, um so mehr, als das Gerücht sich verbreitet hatte, drei ehrenwerte Männer von hier hätten auf die Beschlagnahme dieses Holzes geradezu angetragen. Obgleich nun dieses durchaus nicht erwiesen war, so wurde es doch geglaubt; es wurde am Abend (des 29. Dezembers) so eine Art Volksversammlung im Wirtshause abgehalten, die drei Beschuldigten Jesuiten genannt und überhaupt wieder einmal ordentlich räsontiert. Am anderen Morgen kamen sämtliche Holzmacher aus dem Walde mit den Äxten auf den Schultern und unter Ablärmung eines Freiheitsliedes hereingezogen, nachdem sie benachrichtigt worden waren, das Forstpersonal von Selbold sei da, jenes Holz aufzunehmen. Die ganz Geschichte stellt sich nun als ein leeres Geschwätz heraus“<sup>36</sup>. So MATTHES in seiner wie auch sonst distanzierten Haltung zum Geschehen. Das „Gewäsch“ war aber nicht so ganz unbegründet. Am 18. Januar 1849, so muss er berichten, erschien der Forstgehilfe BALDUFF aus Langenselbold in Diebach und „wollte in Begleitung des Bürgermeisters Becher und des Ortsdieners RASCH das noch vorhandene Holz aufnehmen. Als dieses im Orte bekannt wurde, machte sich sogleich einer auf, die Holzmacher aus dem Walde zu holen. Diese erschienen dann auch wirklich gegen Mittag, bewaffnet mit Äxten und gewaltigen Prügeln. Die Aufnahme war jedoch bis zu deren Ankunft längst vorüber. Mehrere hiesige Bürger hatten mit gedroht mit Schlägen, wenn sich BALDUFF nicht entferne, ja einer hatte ihm das Papier aus der Hand genommen, worauf sich BALDUFF nicht lange besann und sich auf den Weg nach Selbold machte“. Am Abend kamen viele Bürger, zumeist junge Leute, zusammen und brachten unter großem Lärm dem Förster KONRADI, dem jüdischen Religionslehrer GOTTMANN und dem Bürgermeister Katzenmusiken dar. Durch die Schelle wurde der Bevölkerung bekanntgegeben, dass sich ein Bürgerverein konstituieren wolle. J. MATTHES, der wie wir nun sehen auch nicht mehr die gewohnte Anerkennung als Lehrer erfuhr, berichtet: Es dauerte „nicht lange, und einige Großsprecher, woran zufällig Diebach nicht arm ist, ergriffen das Wort und behaupteten, der Geistliche, die Lehrer und die Juden dürften keine Mitglieder des Vereins sein. Es soll bei den Verhandlungen ein so arger Skandal ausgebrochen sein, dass man am Ende mit den gemeinsten Redensarten sich begrüßte, worauf viele das Haus verließen und der Verein in seinem Entstehen so zu sagen in sich zerfiel“. Verzweifelt beendet MATTHES seine Ausführungen mit der Frage: „Was kann auch in dem verwirrten Diebach Gutes gestiftet werden“<sup>37</sup>

## **X. Der Kampf um die Reichsverfassung und der Zug der Hanauer Turnerwehr nach Baden**

Am 26. Dezember verabschiedete die Paulskirche den Grundrechtsteil der Reichsverfassung. Im Zentrum stand dabei „die Sicherung der individuellen Freiheitsrechte: Freizügigkeit, Wohn- und Arbeitsrecht in allen Staaten, Schutz vor willkürlicher Verhaftung, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens. Mit Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit erhält sodann auch die politische Öffentlichkeit ihren grundrechtlichen Schutz. Ergänzt werden die Freiheitsrechte durch die Festlegung der staatsbürgerlichen Gleichheit: Gleichheit vor dem Gesetz, Aufhebung des Adels als Stand. An die Stelle der in vieler Hinsicht noch ständischen Gesellschaftsordnung soll die moderne Eigentümergeellschaft treten, charakterisiert durch die Unverletzlichkeit des von feudalen Bindungen befreiten Eigentums. Weiterhin bestimmen die Grundrechte ein neues Verhältnis zwischen Staat und Kirche, mit Glaubensfreiheit, Unterordnung der Kirche unter den Staat und Durchsetzung der staatlichen Oberaufsicht über die Schule anstelle der kirchlichen“<sup>38</sup>. Soziale Rechte, wie sie von der Linken gefordert wurden, fanden keine Mehrheit, obwohl es auch sozialstaatliche Züge gab, wie der kostenlose Unterricht für Unbemittelte oder die Vereinigungsfreiheit für gewerkschaftliche Zusammenschlüsse. Preußen, Österreich, dann auch Bayern und Hannover weigerten sich die Grundrechte anzuerkennen und amtlich zu veröffentlichen. Mommsen urteilt: „Insofern blieben die Dinge einstweilen in der Schwebel. Gleichwohl kam die Veröffentlichung der ‘Grundrechte’ einer moralischen Stützung des Werks der Nationalversammlung in einem Augenblick gleich, in dem ihre Wirksamkeit nicht länger unumstritten war. Soviel ist sicher: Für die künftige politische Entwicklung in Deutschland wäre es viel wert gewesen, wenn die ‘Grundrechte’ in der deutschen Staatenwelt auf Dauer durchgesetzt und nicht größtenteils wieder zurückgenommen worden wären; gänzlich dahinter zurückgehen konnte man auch späterhin nicht mehr“<sup>39</sup>.

Am 28. März 1849 wurde die Reichsverfassung amtlich verkündet, die zentralistische und föderale, sowie demokratische und monarchische Elemente enthielt. Außenpolitik, militärische Führung und wichtige Bereiche der Innenpolitik wie Verkehr, Zölle und Abgabe und Post- und Fernmeldewesen waren Sache der Reichsgewalt. Für alles andere waren die Einzelstaaten zuständig. Reichsoberhaupt sollte ein ‘Kaiser der Deutschen’ sein, der die Regierung ernennt. Dem gegenüber stand der Reichstag, der sich aus einem Staatenhaus - je zur Hälfte aus Vertretern der Regierungen und der Volksvertretern der Einzelstaaten gebildet - und einem nach demokratischem (Männer-)Wahlrecht gewählten Volkshaus zusammensetzte. Dazu kam das Reichsgericht. 28 deutsche Staaten erkannten die Verfassung an. Österreich, Bayern, Sachsen und Hannover lehnten sie ab.





Die kleindeutsche Lösung ohne Einbeziehung der Habsburger Monarchie und mit dem preußischen König als Kaiser schien das einzig Realistische. Auf diese Weise, so glaubten alle Parteien in ihrer Mehrheit, sei wenigstens die deutsche Einheit zu retten. Mit dem



Beschluß über die Reichsverfassung wurde zugleich die Wahl des Preußenkönigs FRIEDRICH WILHELM IV. vorgenommen. Der Hanauer Oberbürgermeister AUGUST RÜHL gehörte zu denen, die gegen ihn stimmten. Als der preußische König die Kaiserwürde ablehnte, war die Aufregung in allen deutschen Staaten groß.

Zur Anzeige wird der QuickTime™  
Dekompressor „  
benötigt.

**Karikatur zum Ausspruch König Wilhelms IV. von Preussen:  
„Das Volk ist mir zum Kotzen“**

Vor allem in Sachsen, im Westen und Südwesten begann der Kampf um die Reichsverfassung. In Hanau trafen sich am 23. April die Vorstände aller politischen Vereine der Stadt: Der Arbeiterverein, der Demokratische Verein, der Märzverein, der Politische Verein und der Turnerverein. Zum Vorsitzenden wurde der Lehrer HEINRICH RÖDIGER gewählt. In mehreren Versammlungen wurden Reden zur Verteidigung der Reichsverfassung gehalten. Dieses Ziel müsse notfalls mit Waffengewalt erreicht werden. Am 30. April einigten

sich alle politischen Vereine auf die Aufstellung eines Freikorps, zu dessen Bildung waffenfähige Männer aufgerufen wurden. Ausschüsse zur Rüstung und Finanzierung wurden eingesetzt. Es wurde ständig exerziert und Munition hergestellt. Ein Ausmarsch des Freikorps sollte nur auf einmütige Zustimmung aller politischen Vereine hin erfolgen. Die Einigkeit zerbröckelte jedoch bald. Die 300 Turner unter Führung von SCHÄRTTNER ließen sich wieder aus der Liste streichen, wohl um sich die Handlungsfreiheit zu erhalten. AUGUST RÜHL und andere linke Abgeordnete der Nationalversammlung riefen nicht mehr zur Rettung der Reichsverfassung auf, sondern plädierten für die republikanische Erhebung. Am 16. Mai brachte die Hanauer Zeitung verspätet die Meldung aus Baden: „Heute ist hier die Republik proklamiert worden“. Aus der Pfalz und aus Baden trafen Bitten um bewaffnete Hilfe ein. Eine Hanauer Delegation mit SCHÄRTTNER und ROEDIGER reiste zur Orientierung nach Neustadt an der Haardt, wo sie Reden hielten, in denen sie den Kampf für eine sozialdemokratische Republik propagierten. Die Nationalversammlung war inzwischen zu einem Rumpfparlament geworden, da Österreich, Preußen und andere ausgeschieden waren. Die verbliebenen 200 Parlamentarier zogen nach Stuttgart, mit dem Dampfschiff fuhren sie am 1. Juni an Hanau vorbei. Eine Abordnung der provisorischen Regierung und Mitglieder der Nationalversammlung trafen in Hanau ein, um die Turnerwehr zum Ausmarsch zu bewegen. Am Abend des 1. Juni wurde dann auch ein entsprechender Beschluß gefaßt. Am folgenden Abend nahmen der größte Teil der Turner, Mitglieder der Bürgergarde, sowie Arbeiter und Handwerker in der Kastanienalle, damals noch außerhalb Hanaus, Aufstellung. Etwa 260 Mann marschierten über Neuwirtshaus und Großbauheim mainaufwärts, um möglichst bald badisches Gebiet zu erreichen. Die Hanauer Truppe bestand aus drei Kompanien unter Führung AUGUST SCHÄRTTNER. Militärischer Führer war der polnische Offizier EDUARD WOJNICKI. Der Lehrer RÖDIGER besorgte in der Regel Transportwagen, Unterkünfte und Verpflegung und bezahlte ordentlich aus der von ihm verwalteten Kriegskasse. Meist wurden die Hanauer von der Bevölkerung freundlich empfangen. Ein Zug Heilbronner Turner stieß in Neckargemünd zu ihnen und weitere 20 Nachzügler aus Hanau. Zu ihnen gehörte auch FERDINAND GLEIM, der schon genannte Apothekerangestellte und Begründer des Demokratischen Vereins aus Langenselbold. Am 3. Juni zeigte er dem Amtsphysikus in Langenselbold schriftlich an, daß ihn „unaufschiebbare Geschäfte“ nötigten, einige Tage abwesend zu sein und er durch den Apotheker aus Kesselstadt vertreten werde<sup>40</sup>. Am gleichen Tag zog er den Hanauer Turnern hinterher. Ein weiterer Langenselbolder, der Schuhmacher HEINRICH SCHWEINSBERGER war im Frühjahr 1849 in das kurhessische Leibgarderegiment eingetreten, desertierte am 10. Juni aus der Garnison in Kassel und begab sich nach Baden und schloß sich als Wehrmann den Hanauer Turnern an. PETER GOLDBACH, ein Langenselbolder Dienstknecht, gehörte als Schütze der 1. Kompanie der Hanauer Turner an. Aus dem späteren Strafverfahren gegen ihn geht hervor, daß von Hanau eine Liste mit 50 bis 60 Namen von Personen nach Langenselbold geschickt wurde, die am Zug nach Baden teilnehmen wollten und die nun aufgefordert wurden, sich den Hanauer Turnern anzuschließen. Der Maurer JOHANN GEORG MOHN, eifriges Mitglied des Demokratischen Vereins in Langenselbold, sowie die Tagelöhner CHRISTOPH KOLLUNG und ABRAHAM STRAUSS und der Buchdrucker CASPAR GASCHE zogen ebenfalls nach Baden, insgesamt also 8 Langenselbolder, die sich in Aschaffenburg dem Zug anschlossen. Aus Langendiebach kamen zwei Teilnehmer, der Goldarbeiter HEINRICH BERG, der nachweislich bereits am Tag des Ausmarschs seiner Arbeit fernblieb, und der Buchdrucker GEORG SCHRAIDT, der der zweiten Kompanie der Schwäbischen Legion angehörte. Aus Rückingen kamen zwei weitere Männer, die auszogen. Der eine war der Dienstknecht JOHANN JAKOB RUTH, Mitglied des etwa 70 Mitglieder zählenden Demokratischen Vereins in Rückingen, und der Zimmermann JOHANNES VIEL, der bis zum Jahre 1841 fünf Jahre im 3. kurhessischen Infanterie gedient hatte, und wohl deshalb nun als Unteroffizier eingesetzt wurde. Der Bürgermeister aus Rückingen berichtete dem Verwaltungsamt in Hanau, daß zwei ledige Personen in den

Dreißigern Rückingen verlassen hätten, wobei der Lehrer CASPAR STAWITZ im späteren Turnerprozeß bekundete, daß RUTH zwar mit den Freischaren ausgezogen sei, allerdings nach drei Tage wieder zurückkehrte. Aus Niederrodenbach beteiligt sich der Drechsler HEINRICH HAUPT, der nach seiner Konfirmation eine Lehre in Hanau begonnen hatte, am allgemeinen Auszug der Hanauer Turner als Wehrmann in der 3. Kompanie. Eine ganz genaue Auskunft über Namen und Herkunftsorte von Beteiligten ist nicht möglich, da die Mannschaftslisten zur Sicherheit vor Verfolgung später vernichtet wurden. Die meisten bekannten Informationen haben wir aus den Akten des späteren Turnerprozesses.

Am 10. Juni traf in Neckargemünd eine Kiste mit Kitteln, Hemden und sonstigen Kleidungsstücken aus Hanau ein. Am gleichen Tag erließ der Volksrat in Hanau einen Aufruf, aus dem man Geist und Stimmung, die in diesen Tagen vorherrschten, spürt: „Mitbürger ! Unsere Brüder sind in den Gotteskampf für die deutsche Reichsverfassung gezogen und haben uns die heilige Pflicht hinterlassen, dafür zu sorgen, daß es ihnen nicht an dem Nothwendigsten gebreche. Eine Anzahl wackerer Bürger hat es übernommen, zu dem Ende von Haus zu Haus Beiträge zu sammeln. Hanauer Bürger haben sich stets großherzig gezeigt, wo es galt, das Gute zu fördern; der unterzeichnete Voksrat ist daher überzeugt, daß sich niemand ausschließen wird, ein seinen Kräften angemessenes Geldopfer für eine Sache zu bringen, für die unsere Heldenjugend ihr Herzblut einsetzt!“<sup>41</sup> In Schönau angekommen mußten die Hanauer Turner vorübergehend in der Kirche untergebracht werden, da andere Volkswehren die verfügbaren Quartiere schon besetzt hatten. Da hier nun die Hanauer Kompanien anderen Truppenteilen zugeordnet wurden, kam es zu erheblicher Mißstimmung unter den Turnern, die zusammenbleiben wollten. Die Bedrohung durch starke preußische Truppen hatte Kriegsminister FRANZ SIGEL jedoch veranlaßt, diese Zuordnungen vorzunehmen. Die Hanauer Truppenteile trafen schließlich über Sinsheim und die anderen über Hirschhorn wieder in Neckargemünd zusammen. In Hirschhorn hatte sich die 1. Kompanie der Turnerwehr ein Gefecht mit Reichstruppen des 3. kurhessischen Infanterieregiments geliefert, in dem sie erfolgreich das dortige Schloß gegen die Übermacht verteidigten. Dieses Regiment war in Hanau besonders verhasst, da in den Septemberkrawallen von 1830 Soldaten dieses Regiments auf die Hanauer geschossen hatten. Vor den Kämpfen hatten die Hanauer Turner am 14. Juni eine Proklamation aufgesetzt, die in die Hände der kurhessischen Soldaten gelangen sollte. Dieses Flugblatt wurde am gleichen Tag in Heidelberg gedruckt. Einige Sätze daraus: „ Landsleute! Hessen! So weit hat es der Völkertyrann in Preußen gebracht, daß wir Brüder e i n e s Stammes, die Söhne e i n e s Landes, ja die Kinder e i n e r Mutter uns als Feinde gegenüberstehen und vielleicht in wenigen Stunden das Blut gegenseitig fließen sehen, welches durch die heiligsten Bande der Natur verbunden ist...Brüder, horcht auf die Stimme der Natur, mordet Euer Blut nicht, denn mit thränendem Auge müßten wir das Nämliche thun, da wir keine Furcht kennen, und davor behüte uns Gott. Will man Euch von Eiden reden, die Ihr geleistet, dann sagt, es gäbe einen höheren Eid, den der Mensch dem König aller Könige schulde und der da heißt: Du sollst kein Bruderblut vergießen ! Brüder ! Schlagt ein in die alte Bruderhand, und dieser Händeschlag wird wie ein Jubelklang durch die Welt schallen, und die Völker werden rufen: Es leben die braven hessischen Soldaten!“<sup>42</sup> Bei der Besetzung des Schlosses fingen die Hanauer einen Spion. Eine Bauersfrau bot der Besatzung Kirschen zum Kauf an, zeigte aber lebhaftes Interesse an militärischen Dingen. Schließlich zog man die vermeintliche Bauersfrau aus und entdeckte einen verkleideten darmstädtischen Offizier.

Über Heidelberg zog die Turnerwehr am 19. Juni in die Schlacht bei Waghäusel. Das Gefecht begann am 21. Juni und führte die Wende des Krieges herbei. Zunächst konnten die Reichstruppen aus Waghäusel vertrieben werden. General LUDWIK MIEROSLAWSKI war aber dem Irrtum erlegen, das gesamte preußische Armeekorps geschlagen zu haben. Tatsächlich

aber war es nur die 1. Division. Als nun die 4. Division eingriff, mußten die aufständischen Truppen den Rückzug antreten. Die Niedergeschlagenheit, die sich unter den Kämpfern breit machte, veranlaßte viele, den Rückzug in die Heimat anzutreten. Eine Woche später waren ungefähr neunzig unbewaffnete Turner wieder in Hanau eingetroffen. Die verbliebene Volksarmee zog nach Rastatt. In den Orten der Umgebung bezogen die Truppen Quartier. In der folgenden Schlacht an der Murg, die von den Preußischen und Reichstruppen gewonnen wurde, fiel die Entscheidung. Der revolutionäre Aufstand derer, die die Reichsverfassung retten wollten oder die die Republik wollten, war beendet.



**General Ludwik Mieroslawski**

**Gefecht bei Waghäusel am 22. Juni 1849**

Am 5. Juli beschlossen die noch verbliebenen Hanauer Turner, die mittlerweile bis Lörrach marschiert waren, am nächsten Tag die schweizerische Grenze zu überschreiten. Nach Verhandlungen in Basel wurde den Offizieren der Hanauer Turner ein Schreiben folgenden Inhalts ausgehändigt: „Der Hanauer Turnerwehr, 236 Mann stark, ist das nachgesuchte Asylrecht gestattet, und kann dieselbe morgen, als den 6., die Grenze betreten, wo sie entwaffnet werden wird. Dem Kommandanten ist es gestattet, sein Pferd mitzunehmen, sowie den Bagagewagen nebst 2 Pferden“<sup>43</sup>. Nach der Entwaffnung - die Waffen wurden 1852 wieder nach Hanau gebracht - ermahnte AUGUST SCHÄRTNER seine Turner in einer kurzen Ansprache, ihre Dankbarkeit gegenüber dem Land, das sie nun in Schutz nähme, durch eine gute und ritterliche Aufführung zum Ausdruck zu bringen. Zum Schluß rief er dem teuren Vaterland ein Lebewohl zu. In diesem Augenblick brach, wie es einer der Offiziere in seinen Aufzeichnungen berichtet, „das ganze Corps in Schluchzen aus; die härtesten Männer sah man weinen wie kleine Kinder“<sup>44</sup>.

Aufgerichtet hat sie dann vielleicht ein wenig der begeisterte Empfang durch die dortigen Turner und andere Einwohner in Bern. Ein Regierungsrat der Berner Regierung begrüßte „das rühmlich bekannte Corps der Hanauer Turnerwehr“ und drückte in seiner Ansprache offen sein Bedauern über den unglücklichen Ausgang der Bewegung in Baden aus. Die Flüchtlinge wurden im Berner Kornhaus untergebracht und gut gepflegt. Für das geistige Wohl sorgten sie selbst, indem aus Kreisen der Flüchtlinge Vorträge gehalten und Unterricht in den Elementarfächern erteilt wurde. Ein Komitee von Berner Bürgern rief zur Unterstützung auf.



**Kornhaus in Bern**



Am nächsten Tag bedankten sich die Hanauer Turner in einer veröffentlichten Danksagung, in der es heißt: „...Uns ist nichts geblieben als der Schmerz, das Vaterland zu verlassen, und der Racheschwur, das Vaterland zu retten. Aber die Art und Weise, mit welcher uns für den jetzigen Augenblick die freien Bürger der Schweiz Asyl gewähren, das freundliche Entgegenkommen, mit welchem man die Verbannung uns zu erleichtern sucht, tuth unsers freudeleeren Herzen wohl und nöthigt uns zum öffentlichen Dank...Wir sagen Dank den Bürgern der Stadt Bern, die ehrenvoll uns in ihren Mauern aufgenommen, die täglich mehr uns schätzen lehren, wie anerkennenswert die Schweiz Gastfreundschaft an den flüchtigen Freiheitskämpfern übt...“<sup>45</sup>. In der Heimat begann man, Sammlungen zu organisieren. Die zahlreichen Geld- und Sachspenden wurden vom Gastwirt JAKOB KOCH, dem Lehrer RÖDIGER und einem Pfarrer GROH überbracht, was nicht unwesentlich dazu beitrug, dass sie bleiben konnten, ebenso die Tatsache, daß etliche auch Arbeit gefunden hatten. Im übrigen setzte sich der Schweizer Bundesrat bei der Kurhessischen Regierung dafür ein, daß man den Flüchtlingen eine Amnestie gewähren möge, damit sie unbelastet in die Heimat zurückkehren könnten. Dieser Appell blieb jedoch vergebens, da man sich in Kurhessen auf den Standpunkt stellte, dass die gerichtliche Untersuchung unumgänglich sei. Nur diejenigen, die sich weniger belastet fühlten, traten die Heimreise an. Die anderen blieben in der Schweiz oder wanderten nach Amerika oder England aus. Bei anderen wurde versucht, sie für die Fremdenlegion zu werben, wozu sich jedoch niemand bereit fand. Der schon genannte Wehrmann HEINRICH SCHWEINSBERGER aus Langenselbold lehnte dies mit der Begründung ab, er wolle sich nicht zur Unterdrückung des Volkes verwenden lassen. Am 14. März 1850 reiste er über Besancon nach Le Havre ab, wo er dann ein Schiff zur Überfahrt nach England bestieg. AUGUST SCHÄRTNER begab sich nach London, wo er nach einer Zeit als Kellner ein eigenes Gasthaus eröffnete, in dem sich Flüchtlinge regelmäßig trafen.

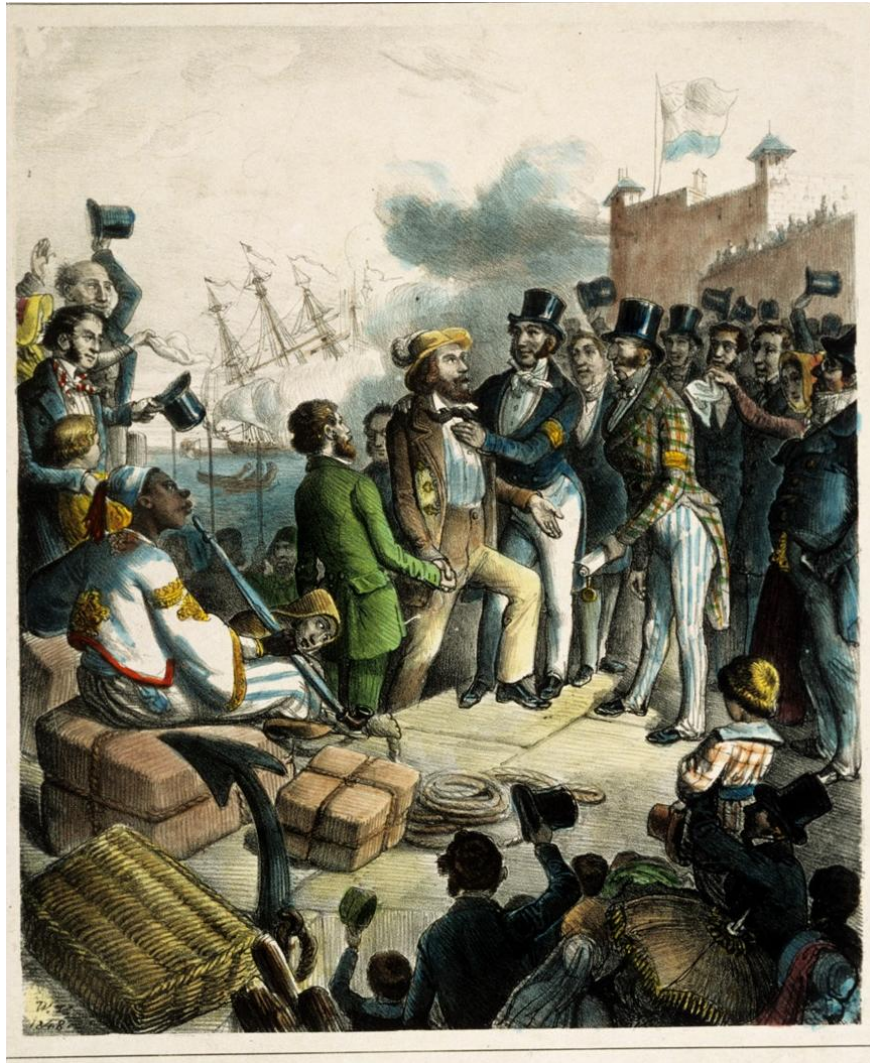


**1849 Europäische Auswanderer nach Nordamerika im engen Zwischendeck**

Was gibt es über das Schicksal der übrigen Freiheitskämpfer aus dem Amt Langenselbold zu berichten? Der Apotheker FERDINAND GLEIM erschien am 22. Juli 1849 wieder in Langenselbold.

Der gewünschte Reisepaß wurde ihm wegen falscher Angaben über seinen zwischenzeitlichen Aufenthalt verweigert, und so reiste er ohne Paß nach Mühlhausen und arbeitete dort ein zeitlang als Apotheker. Am 18. Juli 1850 erhielt er einen Paß zur Ausreise nach Le Havre, von wo aus er nach New York emigrierte. PETER GOLDBACH, CHRISTOPH KOLLUNG und CASPAR GASCHÉ aus Langenselbold wurden am 12. bzw. 15. August 1849 aus der Internierung in Bern entlassen. Weiteres wissen wir von ihnen nicht. JOHANN GEORG MOHN kehrte nach Langenselbold zurück und gehörte zu denen, die 1856 vor dem Hanauer Schwurgericht angeklagt wurden. Er wurde freigesprochen. Der Langendiebacher GEORG SCHRAIDT hielt sich nach dem Übertritt in die Schweiz im Kanton Zürich auf und trat im November 1849 die Heimreise an. Das Verfahren gegen HEINRICH BERG aus Langendiebach wurde mangels Beweisen eingestellt. 1861 war er Mitglied des Neustädter Turnvereins. Ebenso wurde das Verfahren gegen JOHANN JAKOB RUTH aus Rükingen eingestellt. JOHANNES VIEL aus Rükingen war nach der Berner Liste Unteroffizier bei den Hanauer Turnern und wurde am 14. August aus dem Depot in Bern entlassen. Da der Staatsbehörde der wirkliche Sachverhalt nicht bekannt war, wurde das Verfahren ebenfalls mangels Beweisen eingestellt. Als HEINRICH HAUPT aus Niederrodenbach 1850 Soldat wurde, wurde er von zwei Korporalen belastet. Er habe ihnen erzählt, daß er an den Gefechten bei Hirschhorn, Waghäusel und Sinsheim beteiligt gewesen und er erst dann geflüchtet sei, als der weitere Rückzug nach Rastatt gehen sollte. Das zunächst gegen ihn eingestellte Verfahren wurde daraufhin wieder aufgenommen. Bei ihm aber wie bei viele anderen ohne Folgen, da der Anklagesenat des Obergerichts in Fulda am 7. Januar 1857 feststellte, dass einem großen Teil der Angeklagten nach ihrem Stand und ihren Lebensverhältnissen die richtige Einstellung in die politischen Fragen jener Zeit bei der damaligen Verwirrung der Anschauungen nicht ohne weiteres zugetraut werden können. Eine hochverräterische Absicht lasse sich in diesen Fällen nicht hinreichend feststellen.

Nachdem die Verantwortung und Zuständigkeit zwischen den kurhessischen Justizbehörden hin- und hergeschoben worden war, wurde im September 1856 Klage auf Hochverrat gegen 203 Beschuldigte erhoben. gegen 130 Beteiligte war das Verfahren bereits eingestellt worden. Schließlich wurde gegen 43 Hanauer Turner das Verfahren in der Stadt eröffnet. Es fand wegen des großen Besucherandrangs im Rathaussaal statt. Es erschienen davon 21, die alle freigesprochen wurden. 22 nicht erschienene Angeklagte wurden zu Haftstrafen von 3 bis 8 Jahren verurteilt, darunter erhielt Schärttner die Höchststrafe. Vorher, 1852, wurde aus Anlass eines Turnertages an der Ruine der ehemaligen Turnhalle der Hanauer Turngemeinde eine Gedenktafel zu seinen Ehren angebracht. Am 22. Februar 1859 verstarb er in London. 1860 wurde ihm und vier weiteren Emigranten vom Kurfürsten Straferlaß gewährt. Erst auf Grund eines Gnadenerlasses des Königs von Preußen vom 3. August 1870 „aus Anlaß der patriotischen Einmütigkeit, mit welcher Unser Volk sich zu dem Uns jetzt aufgedrungenen Kampfe erhoben hat“<sup>46</sup>, wurden die noch verbliebenen Strafen erlassen und die Steckbriefe zurückgenommen, obwohl niemand ein Gnadengesuch eingereicht hatte. Der Weg für eine gefahrlose Rückkehr in die alte Heimat war geebnet, doch keiner der Betroffenen kehrte zurück. Viele waren schon gestorben, die anderen blieben dort, wo sie als schutzsuchende Flüchtlinge eine neue Heimat gefunden hatten. Viele der führenden Revolutionäre wie CARL SCHURZ, FRIEDRICH HECKER und GUSTAV STRUVE brachten es in Nordamerika, als Forty-Eighters bezeichnet, zu großem Einfluß und Ansehen als Begründer von Vereinen, im Militär und in der Politik. Nach den gescheiterten europäischen Freiheitskämpfen 1848/49 erschien vielen der Sieg der Union im amerikanischen Bürgerkrieg als erfolgreicher zweiter Freiheitskampf.



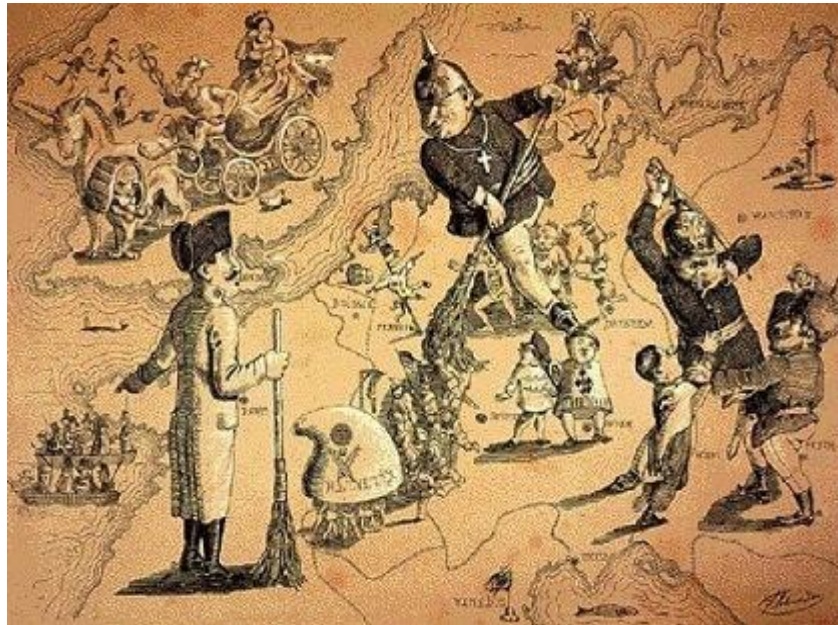
**Friedrich Heckers Ankunft in Nordamerika**

## **XI. 1848/49 - nur eine gescheiterte bürgerliche Revolution ?**

Mit einigen Gedanken von DIETER HEIN zu dieser Frage beschließe ich den Versuch, einer Darstellung der revolutionären Ereignisse unter der besonderen Berücksichtigung von Ereignissen in der Region Hanau. Er schreibt: „Die Revolution war gescheitert. So sah es die überwiegende Mehrheit der Zeitgenossen, der Sieger wie der Besiegten. Und so haben es über mehr als ein Jahrhundert auch die Historiker gesehen...die jüngere Forschung hat sich von dieser Sicht eher wegbewegt und...betont, daß ‘neben dem unbestreitbaren Scheitern auch die langfristigen Wirkungen und die unmittelbaren Erfolge’ (DIETER LANGEWIESCHE) der Revolution berücksichtigt werden müßten“<sup>47</sup>. Dazu gehören der Abschluß der Agrarreformen, die Durchsetzung des Verfassungsprinzips mit der weitgehend Sicherung der individuellen Grundrechte, die Parlamentarisierung der politischen Ordnung, die Auflösung des Reformstaus in Blick auf die Wirtschaft und die Sozialordnung, die ungeheure Politisierung der Menschen und Gruppen, die Schaffung des (klein-) deutschen Nationalstaates in der Reichsgründung 1870/71 und schließlich die Vorbildwirkung der Verfassung der Paulskirche für die weitere Entwicklung, Vorbild für die Weimarer Reichsverfassung und das Bonner Grundgesetz. WOLFGANG J. MOMMSEN weist schließlich noch daraufhin, dass heute „das



große Ideal der Liberalen des Vormärz, die Schaffung eines friedlichen Europas freiheitlicher Nationalstaaten, in erreichbare Nähe gerückt“ ist, „auch wenn an der europäischen Peripherie die Schatten der nationalistischen Rivalitäten der Vergangenheit gegenwärtig noch nicht völlig verschwunden ist“. Aber, so bemerkt er abschließend: „Die Begründung eines vereinten Europas stellt sich...als endgültige Einlösung der großen Vision einer freiheitlichen Neuordnung Europas dar, für welche die Männer und Frauen der Revolution von 1848/49 vergeblich gekämpft haben“<sup>48</sup>.



**Rundgemälde von Europa im August 1849 (F. Schröder)**

## ANMERKUNGEN

- 1) Wolfgang J. Mommsen: 1848 Die ungewollte Revolution, Frankfurt am Main 1998, S. 300ff.
- 2) a.a.O. S. 7
- 3) Dieter Hein: Die Revolution von 1848/49, München 1998, S. 21
- 4) Alfred Tapp: Hanau im Vormärz und in der Revolution von 1848-1849, Hanau 1976, S. 225 ff.
- 5) Dieter Hein, a.a.O., S. 2, vgl. Rudolf Virchow: Die Noth im Spessart, Würzburg 1852, Reprint Bad Orb 1998
6. Marco Arndt: Militär und Staat in Kurhessen 1813-1866, Darmstadt und Marburg 1996, S. 197f f.
7. Alfred Tapp, a.a.O., S. 226
- 8) a.a.O., S. 212
- 9) a.a.O., S. 228 f.
- 10) a.a.O., S. 229 f.
- 11) a.a.O., S. 232
- 12) zum Folgenden Tapp, a.a.O., S. 235 ff.

- 13) a.a.O., S. 247 ff.
- 14) a.a.O., S. 252
- 15) a.a.O., S. 254
- 16) J. Matthes: Von der Revolution in Langendiebach und Umgebung 1848, Hanauisches Magazin Nr. 9, 6., Jahrgang 1927 S.
- 17) Alfred Tapp, a.a.O., S. 263
- 18) a.a.O., S. 267 f.
- 19) Anton Calaminus, Gott Lob und Dank, dargebracht für das erfreute Hanau, in der gottesdienstlichen Feier am 13. März 1848, Hanau 1848
- 20) G. Conrad Herrmann: Die in der ersten Hälfte des Monats März 1848 statt gehaltenen Hanauer Ereignisse, Verlag des Verfassers
- 21) Alfred Tapp, a.a.O., S. 279
- 22) a.a.O., S. 301
- 23) J. Matthes, a.a.O., S. 66 f.
- 24) Alfred Tapp, a.a.O., S. 303
- 25) Hanauer Zeitung Nr. 161 vom 10.6.1848
- 26) J. Matthes, a.a.O., S. 68
- 27) a.a.O.
- 28) Michael Wettengel: Die Revolution von 1848/49 im Rhein.Main-Raum, Wiesbaden 1989, S. 76
- 29) a.a.O., S. 79
- 30) a.a.O.
- 31) J. Matthes, a.a.O., S. 69
- 32) Karl Geisel: Die Hanauer Turnerwehr, Hanau 1974, S. 181
- 33) Hanau im Vormärz und die Revolution 1848/49, Historisches Museum Hanau am Main 1980, S. 53 f.
- 34) Alfred Tapp, a.a.O., S. 359 f.
- 35) J. Matthes: a.a.O., S. 69
- 36) a.a.O.
- 37) a.a.O.
- 38) Ulrich Speck: 1848-Chronik einer deutschen Revolution, Frankfurt am Main und Leipzig 1998, S. 121
- 39) Wolfgang J. Mommsen, a.a.O., S. 263f.
- 40) Karl Geisel, a.a.O., S. 181
- 41) a.a.O., S. 42
- 42) a.a.O., S. 52 f.
- 43) a.a.O., S. 77
- 44) a.a.O., S. 78
- 45) a.a.O., S. 82
- 46) a.a.O., S. 133
- 47) Dieter Hein, a.a.O., S. 135
- 48) Wolfgang J. Mommsen, S. 324